

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Er erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Kisteplatz 10 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltenen Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **386300** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Im Gegensatz zu den führenden rheinischen Handelsblättern vertreten wir seit einigen Wochen die Auffassung, daß die Anzeichen für eine Besserung in der Eisenindustrie sich merklich mehren. Bis in die jüngsten Tage hinein lauteten die rheinischen Eisenberichte auffällig ungünstig, eine Erscheinung, die die Börse, wie wir bemerkten, darauf zurückzuführen wollte, daß aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Großindustriellen noch umfangreiche Börsenengagements bestanden, deren vorzeitige Abwicklung niedrige Kurse zur Voraussetzung hatte, während sich an der Börse eine starke Aufwärtsbewegung vollzog. Die ungünstigen Berichte sollten also die hochgetriebenen Kurse der Industriaktien im Interesse der jobbernden Großindustriellen nach Möglichkeit herabdrücken. Tatsache ist, daß von dem Tage an, an dem eine Lösung der erwähnten Börsenengagements bemerkt wurde, auch in den Situationsberichten der rheinischen Blätter, denen die führenden Syndikatswerke nahesteht, ein Tendenzwechsel eingetreten ist. Dieser Stimmungsumschwung markierte sich außerordentlich deutlich, er wurde eingeleitet durch die Mitteilung des Stahlwerksverbandes, daß der zurzeit vorliegende Auftragsbestand sich um über 300 000 Tonnen höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres stelle. In der zweiten Hälfte des Monats August ließ sich aber nicht nur feststellen, daß die Beschäftigung vieler Eisenwerke weiter besser geworden ist, es ist zu konstatieren, daß auch der Preisrückgang in den nichtsyndizierten Produkten zum Stillstand kam, und darüber hinaus Preisserhöhungen durchzuführen versucht werden. So wurde berichtet, daß die Vertreter der lothringisch-luxemburgischen Werke und der Saarwerke am 25. August beschloßen hätten, das Hauptabnehmerzeugnis der deutschen Eisenindustrie, Stabeisen, das bisher zu 92 M. und darunter für die Lüne an Werk angeboten wurde, nicht mehr unter 95 M. zu verkaufen. Nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung soll sich auch der größte Teil der rheinisch-westfälischen Stabeisenwerke in der letzten Sitzung des Stahlwerksverbandes am 19. August verpflichtet haben, vor dem 30. September dieses Jahres keine Verkäufe mehr für nächstes Jahr zu machen. Tatsächlich sollen in der letzten Zeit auf Grund dieses Beschloßes auch alle Händleranfragen für nächstes Jahr abgelehnt worden sein. Ferner beschloß die Oberwestfälische Schweißereivereinigung, mit Offerten für das erste Quartal 1910 zurückzuführen, da ein kleiner Preisausschlag geplant wird, auch die Vereinigung der rheinisch-westfälischen Schweißereiwerte machte mit Rücksicht auf die Bewegung des Schweißereimarktes ihre Mitglieder zur Zurückhaltung mit Beschloß für 1910. Dabei muß ferner berücksichtigt werden, daß der Roheisenmarkt von den großen gemischten Betrieben im Kampfe gegen die reinen Hochofenwerke zum Teil absichtlich erschüttert worden ist und unter Druck gehalten wird, um den reinen Werken Abschlüsse zu gewinnbringenden Preisen unmöglich zu machen. Die Geisweider Eisenwerke, Aktiengesellschaft in Geisweid, die im verfloßenen Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 311 530 M. gegen 756 038 M. im Vorjahre erzielten, und nach Abschreibungen von 144 810 M. (im Vorjahr 401 271 M.) 4 Prozent (10 Prozent im Vorjahr) Dividende auf die Stamm- und 6 Prozent (12 Prozent im Vorjahr) auf die Vorzugsaktien verteilen, bemerken in ihrem Bericht, daß der Kampf um den Roheisenabsatz, der auch jetzt noch nicht ausgelämpft ist, auf die Dauer nicht nur den Fortbestand der reinen Hochofenwerke bedroht, sondern auch die Gesundheit des gesamten Eisenmarktes hintanzieht. Im Beschäftigungsgrad trat im abgelaufenen Geschäftsjahre der Niedergang für die Gesellschaft nicht hervor, sie war das ganze Jahr hindurch in allen Betrieben befriedigend beschäftigt und von den Walzfabrikanten ist das zum Versand gebrauchte Quantum sogar höher als im Vorjahr. Über der Fakturwert ging ganz bedeutend herunter, er betrug 8,32 Millionen Mark gegen 10,40 Millionen im Vorjahr. Wie auch immer der von den großen gemischten Werken betriebene Konzentrationsprozeß wirtschaftlich und technisch beurteilt werden mag, nicht zu verkennen ist, daß durch die Mittel, mit denen sie ihre Aufbaumassnahmen betreiben, die Krisenwirkungen in der Eisenindustrie recht erheblich verschärft worden sind.

Von Bedeutung für die deutsche Eisenindustrie, deren Exportinteressen an Umfang ständig zunehmen, ist naturgemäß die Lage der Eisenindustrie in anderen Exportländern. Nun ist in allerletzter Zeit in Schottland und Nord-England für wichtige Eisen- und Stahlfabrikate der Preis bis um 5 Schilling pro Tonne in die Höhe gedrückt worden, nachdem vorher langsam auch die stark ermäßigten Halbzugpreise erhöht wurden. In dieser Bewegung spiegelt sich die Besserung des Weltmarktes wieder. Am stärksten ist die Aufwärtsbewegung der Eisenindustrie in den Vereinigten Staaten nach der scharfen Krise vor sich gegangen; die amerikanische Eisenindustrie arbeitet unter ganz besonderen Verhältnissen, die sich von denen in den europäischen Ländern wesentlich unterscheiden. Die Rückwirkung des Aufstieges in der Union auf die europäische Eisenindustrie hat auch deshalb nicht den Umfang angenommen, der vielfach erwartet worden ist.

Die Veränderungen in der Verwaltung der Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Co. in Baden (Schweiz) haben von neuem die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in der Elektrizitätsindustrie gelenkt. Einige Jahre hindurch bestand zwischen dieser Gesellschaft und der Allgemeinen Elektrizitäts-

gesellschaft eine intime Verbindung, in dem Ausschichtsrat von Brown, Boveri & Co. saßen mehrere Vertreter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Nun hat die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ihre Vertreter aus der Verwaltung von Brown, Boveri & Co. zurückgezogen, nachdem sie bereits seit einiger Zeit auch ihren nicht unbedeutlichen Besitz an Brown, Boveri & Co.-Aktien zum Verkauf gebracht hatte. Das Verhältnis der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu Brown, Boveri & Co. wurde einst in der Hauptsache deshalb angestrebt, weil die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft die Bedeutung von Brown, Boveri & Co. im Turbinenbau hoch einschätzte. Inzwischen soll die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft zu der Meinung gelangt sein, daß sie die Konkurrenz von Brown, Boveri & Co. nicht mehr zu scheuen hätte. Wie die Frankfurter Zeitung berichtet, fand Ende des vergangenen Jahres eine Konferenz von 13 bis 14 Gesellschaften und Firmen, die sich mit der Turbinenfabrikation befassen, statt, in der durch eine Kontingentierung der Wettbewerb eingeschränkt werden sollte. Eine Einigung auf der Basis einer Kontingentierung schien erst aussichtslos, im Laufe der weiteren Verhandlungen aber nahm die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft eine unbedingt ablehnende Haltung ein, die Konferenz ging resultatlos auseinander. Bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft dürfte schon vor der Besichtigung dieser Konferenz die feste Absicht bestanden haben, keiner Einschränkung des Wettbewerbs in der vorgeschlagenen Art zuzustimmen, sie hatte vor diesem Termin bereits durch starke Preisunterbietungen eine verstärkte Konkurrenz gegen die außerhalb des Elektrotariffs stehenden Unternehmungen organisiert. Auf den so geführten Kampf ist es auch zurückzuführen, daß die Preise auf den Gebieten der Elektrizitätsindustrie, die nicht kartelliert sind (Kartellvereinbarungen bestehen verschiedentlich auch über den Rahmen des Elektrotariffs hinaus für einzelne Zweige der Elektrizitätsindustrie), gedrückt sind, obwohl die Beschäftigung durchaus nicht unglücklich ist. Zu den am heftigsten bestehenden Gesellschaften gehören die Bergmann-Elektrizitätswerke in Berlin, die eine überraschend schnelle Entwicklung genommen haben und sich ständig neuen Betätigungsarten in der Elektrizitätsindustrie zuwenden. Die neue Konkurrenz der Bergmann-Elektrizitätswerke, die sich sehr geltend macht, wurde erst, wie wir vor einigen Monaten an dieser Stelle berichteten, durch eine Fusion auszufallen versucht, doch die Verwaltung von Bergmann sträubte sich gegen diese geplante Aufnahme. Der Preiskampf herrscht und wird weiter andauern, die kartellierten Konzerne wollen auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege ihre Monopolstellung sichern und erweitern. Die Klagen der großen Gesellschaften über die zum Teil schlechten Preise werden dadurch auf ihren wahren Wert zurückgeführt.

Die Brown, Boveri & Co.-Aktiengesellschaft in Mannheim, die Tochtergesellschaft der Brown, Boveri & Co.-Aktiengesellschaft in Baden (Schweiz), weist für das Jahr 1908/09 nach Abschreibung von 371 832 M. (im Vorjahr 454 365 M.) einen Reingewinn von 525 195 M. gegen 519 642 M. im Vorjahr aus. Die Dividende kommt wiederum in Höhe von 6 Prozent zur Verteilung. Der Bericht führt aus, daß das Unternehmen in dem abgelaufenen Jahre noch stärker als in dem vorhergehenden unter der geringen Nachfrage und den durch die starke Konkurrenz außerordentlich gedrückten Preisen zu leiden hatte. Dazu sei der Streik der Arbeiterschaft gekommen, der den Betrieb der Gesellschaft sieben Wochen stilllegte. Doch das Unternehmen habe in vielen Fällen Aufträge erhalten, ohne daß es auf die äußersten Konkurrenzpreise hätte heruntergehen müssen. Ein erheblicher Teil der der Gesellschaft beorderten Dampfturbinen stellen wiederum Nachbestellungen dar, darunter drei Dampfturbinen für das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen. In den letzten Jahren habe die Gesellschaft den elektrischen Antrieb von Papierfabriken besonders ausgebildet, der neuerdings von der Gesellschaft vorgeschlagene Antrieb der Papiermaschinen durch mehrere Einzelmotoren, anstelle der bisher üblichen komplizierten Riemenübertragungen, sei ihr durch Patent geschützt. Die mit dem neu aufgenommenen Einphasenmotor für Tourenregulierung gesammelten Erfahrungen ließen seine Verwendung für große Leistungen zu, speziell für Traktionszwecke. Die Gesellschaft konnte sich daher an der in der jüngsten Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnenden Elektrifizierung der Vollenbahnen beteiligen. Im neuen Geschäftsjahre seien die Werksstätten der Gesellschaft befriedigend beschäftigt. Die letzten Monate ließen eine leichte Belebung der Nachfrage erkennen, wenn auch die Preise sehr gedrückt seien.

Ueber die Geschäftslage in der Werkzeugmaschinenindustrie berichtete der Ausschuß des Vereins der Werkzeugmaschinenfabriken in einer Sitzung am 23. August, der Niedergang in der Werkzeugmaschinenfabrikation habe sich ganz besonders in den ersten Monaten des laufenden Jahres noch stärker geltend gemacht als zu Ende des Jahres 1908. Bedarf an Werkzeugmaschinen liege für das In- und Ausland vor, wie die große Zahl von einlaufenden, vielfach aber nur zur Unternehmung für etwaige spätere Bestellungen dienenden Aufträgen beweist; sie beschäftigten leider hauptsächlich nur die Bureaus, erhöhten die Unkosten der Fabrik in unentbehrlicher Weise, führten aber nur zum kleinsten Teile zu Aufschlüssen und Arbeiten für die Werke. Die natürliche Folge davon sei, daß mangels genügender Beschäftigung für das kleinste Steuerungsobjekt die Preise so niedrig kalkuliert werden, daß ein Nutzen nicht verbleiben könne und daß die meisten Fabriken sich genötigt sehen, auf Vorrat zu arbeiten, um ihre geschuldeten Arbeiter sich zu erhalten und in der Zeit einer vergrößerten Kaufkraft den Bedarf vom Lager, vielleicht zu einem besseren Preise, zu decken. Auf einen krassen Mißstand wird in dem Bericht hingewiesen. In der schlechten Geschäftssperiode versuchen viele Abnehmer, den Werkzeugmaschinenlieferanten die Bedingung aufzuerlegen, zum größten Teile, ja sogar

für den vollen Betrag des Kaufobjektes, Gegenbestellungen an Material zu machen. Solche Bedingungen, bemerkt der Bericht, geht der Fabrikant, durch die Not um Arbeit getrieben, ein, er kann sie aber vielfach nur sehr schwer erfüllen. Der Ausschichtsrat der Werkzeugmaschinenfabrik Union in Chemnitz schlägt für das Geschäftsjahr 1908/09 die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahr vor.

Die Aktien der Lüdenscheider Metallwerke, Aktiengesellschaft vormals Julius Fischer & Wasse in Lüdenscheid, sind zum Handel an der Berliner Börse zugelassen worden. Der Prospekt, der bei der Börseneinführung veröffentlicht werden muß, führt aus, daß die Gesellschaft zwei Werke betreibt, von denen das eine in der Stadt Lüdenscheid, das andere in Schafshütte bei Lüdenscheid liegt. Das Lüdenscheider Werk fabriziert hauptsächlich Apparate für elektrische Beleuchtung sowie Metallwaren, wobei in erster Linie Messing- und Kupferblech, Messingstangen und Messingdrähte sowie Rohre verarbeitet werden. In Schafshütte liegt das Messing- und Kupferwalzwerk, das Messingblech, Messingstangen, Messing- und Kupferdrähte sowie Messingblech erzeugt. Die Gesellschaft ist im Jahre 1900 aus der früheren Firma Julius Fischer & Wasse hervorgegangen. In den letzten vier Geschäftsjahren verteilte die Gesellschaft regelmäßig acht Prozent Dividende, doch ist der Umsatz, der 1906/07 6,11 Millionen Mark betrug, in 1907/08 auf 4,82 Millionen und in 1908/09 auf 4,08 Millionen zurückgegangen. Der Prospekt bemerkt dazu, daß dieser Rückgang ausschließlich das Messingwalzwerk betreffe und sich hauptsächlich daraus erkläre, daß in den letzten Betriebsjahren der Kupferpreis gegenüber dem außerordentlich hohen Stand im Jahre 1906/07 relativ niedrig war. Für das laufende Jahr seien die Aussichten nicht unglücklicher als im Vorjahr, der Beschäftigungsgrad sei zurzeit normal. — Bei der Maschinenfabrik F. E. Christoph Aktiengesellschaft in Riesky, O.-L., blieb der Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahre zurück, trotzdem ist das Gesamtergebnis besser. Die Dividende beträgt wieder 5 Prozent, die Verwaltung bemerkt, daß eine höhere Dividende hätte verteilt werden können, man habe es jedoch für zweckmäßig gehalten, solche auf der vorjährigen Höhe zu belassen, da einestells durch Neubauten in der Eisengießerei größere Mittel investiert werden mußten, andererseits der bisher schwache Ordnereingang und die unsichere Geschäftslage des laufenden Jahres es geboten erschienen läßt, liquide Mittel zur Verfügung zu halten. — Die Maschinenfabrik Grevenbroich hat nach dem Berliner Börsenkurier am 9. August erklärt, daß das Unternehmen zurzeit reichlich und zu guten Preisen beschäftigt sei, außerdem dürfe die Gesellschaft auf Grund vorliegender Anfragen hoffen, daß noch weitere größere Aufträge eingehen werden, so daß sie auch für den bevorstehenden Winter mit Aufträgen hinreichend versehen sein werde. Jedenfalls überflüssig hätte schon die Summe der seit dem 1. Januar eingegangenen Bestellungen die des ganzen vergangenen Jahres um etwa 400 000 M. — Die Aktiengesellschaft F. E. Sdert, Maschinenfabrik in Berlin, unternimmt einen Neubau der Erntemaschinenfabrik. Dieser Betriebszweig wurde kürzlich neu aufgenommen. Zur Durchführung der Betriebsvergrößerung wird eine Erhöhung des Aktienkapitals erfolgen.

Zur Maifeierfrage.

V.

Uns dem, was wir in voriger Nummer über die Verhandlungen des Züricher internationalen Kongresses mitgeteilt haben, geht hervor, daß die Resolution über die Maifeier von den Oesterreichern hauptsächlich mit Unterstützung von Nationen — jede Nation hatte eine Stimme — durchgedrückt wurde, die niemals etwas zur Durchführung der Arbeitsruhe getan haben oder dafür haben tun wollen oder können. Wir haben auch gesehen, wie wenig genau es dieser Kongreß mit dem Wortlaut seines Beschlusses genommen hat, denn trotz der begründeten Einrede der Deutschen, daß der Text der Resolution in den verschiedenen Sprachen verschieden laute, wurde keine Übereinstimmung hergestellt.

In Nr. 33 haben wir gesagt, daß wir auf Grund unanfechtbarer Materials nachweisen würden, daß gerade der Reichstag unserer Hamburger Verbandstages den Anschauungen entspricht, die von den verantwortlichen Stellen und hervorragenden Vertretern der deutschen Sozialdemokratie bekundet worden sind, als die Maifeierfrage zu einer Streitfrage geworden war. Wir glauben, diesen Beweis bis jetzt schon hinlänglich geführt zu haben, wollen aber doch noch einiges aus den Verhandlungen des Adler Parteitags (22. bis 28. Oktober 1893) anführen, auf dem die Maifeierfrage ziemlich ausführlich behandelt wurde. Referent war der Genosse Liebknecht, der folgende Resolution vorschlug:

Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begehrt die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Massenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zurzeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu imstande sind, treten den anderen Bedingungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.

Liebknecht führte bei Begründung der Resolution unter anderem folgendes aus:

Von einer Aufforderung, die Arbeit ruhen zu lassen, ist keine Rede gewesen. Der Gedanke der Arbeitsruhe ist erst nach der Wahl des Reichstags entstanden. Ich habe den Pariser Kongress nicht besucht, und wenn von Seiten der Pariser Arbeiter eine allgemeine Arbeitsruhe auch nur angekündigt worden wäre, so würde ich protestieren und die Sache der deutschen Arbeiter nicht darin unterstellen, ebenso wie die Vertreter anderer Länder, die keine organisierten Arbeitermassen haben. Das ist in Deutschland von Straßburg über die Frage kam, daß seinen Grund darin, daß von einem Votum und von einer Forderung des 1. Mai gesprochen wurde, und durch ein Mißverständnis, infolge der doppelten Bedeutung des deutschen Wortes: „Feier“, „Feiern“, ist der Glaube entstanden, es sei in Paris nicht, doch eine Forderung des Votums der Arbeit, das heißt der Arbeitsruhe beschlossen worden. Dieses Mißverständnis kam in Deutschland schon unmittelbar nach dem Pariser Kongress auf, da aber der damals schon in sicherer Aussicht stehende Wahlsieg Ende 1889 und Anfang 1890 und ganz im Anschluß daran, wurde man — von mir selbst kann ich es mit Bestimmtheit sagen — auf dieses Mißverständnis erst aufmerksam, als an vielen Orten für die Arbeitsruhe bereits Beschlüsse gefaßt worden waren, welche die Parteigenossen banden.

Gegen das Datum des 1. Mai tauchte damals noch nirgends ein Bedenken auf. Nachdem die Wahl vorüber, war eine der ersten Handlungen der Reichstagsfraktion, die aus den Neuwahlen hervorgegangen war, daß sie von Halle aus einen Aufruf erteilte, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeitsruhe in Paris nicht beschlossen und daß bei der unglücklichen wirtschaftlichen Lage an ein Erwarten der Arbeitsruhe nicht zu denken sei, sondern daß ein solcher Schritt, zu einem den Gegnern günstigen Zeitpunkt allgemein unternommen, höchstens von den Gegnern benutzt werden würde, um es zu einer großen Klassenkluft kommen zu lassen, in der unsere Niederlage absolut sicher war, so daß unser gewaltiger Wahlsieg in einen Triumph der Bourgeoisie verwandelt worden wäre. Wir rieten daher, ohne den Gedanken der Arbeitsruhe prinzipiell aufzugeben, in unserem Aufruf von ihr ab überal ab, wo durch sie schwere Konflikte mit dem Unternehmertum heraufbeschworen werden könnten.

Wir standen also damals schon auf dem Standpunkt, welcher heute von der Masse der Parteigenossen eingenommen wird und welcher seinen Ausdruck auf den späteren internationalen Kongressen und auch in der Ihnen vorgeschlagenen Resolution gefunden hat.

Ueber den Absatz 2 der Züricher Resolution sagte Liebknecht: „Wir Deutschen haben einstimmig erklärt, daß wir für den Versuch in dieser Form nicht stimmen können, weil wir uns dadurch verpflichten würden, für jeden Versuch, der in Richtung der Arbeitsruhe gemacht wird, solidarisch mit der ganzen Arbeit der Partei einzutreten; jeder soll sich dem Versuch irgend eines mehr enthusiastischen als klugen Genossen werben dann die Partei in einen allgemeinen Kampf verwickeln, und diese Verantwortlichkeit konnten wir nicht übernehmen. Mit einem Wort: der Beschluß war für uns unannehmbar, er hätte tatsächlich den Generalstreik für den 1. Mai proklamiert, und das konnten wir mit unserem Gewissen und unserer Pflicht, angefaßt der tatsächlichen Verhältnisse, nicht vereinigen. Die Frage der Arbeitsruhe haben wir ja gleich bei der ersten Mailfeier zu erproben Gelegenheit gehabt. Die Hamburger hatten sich vor dem 1. Mai tatsächlich gebunden — infolge der eben besprochenen mißverständlichen Auffassung des Wortes „Feier“. Als es klar wurde, daß die Arbeitgeber sie in eine Falle locken wollten, war es den Bejourneten nicht mehr möglich, die erbiterten Massen zurückzuhalten. Die Hamburger organisierte Arbeiterkraft nahm den Streit auf, und sie ist die bestorganisierte in ganz Deutschland; die ganze übrige Partei steht hinter ihr. Haben wir siegen können? Nein! Es war bei der ökonomischen Lage eine einfache Unmöglichkeit. Wir erlagen, und welche Opfer waren umsonst gebracht! Und nun denke man, wir hätten in ganz Deutschland den Kampf aufgenommen! Eine Dummheit darf man einmal machen — das kam jedem geschehen —, sie darf aber nicht wiederholt werden, das ist unübersehbar! Die Führer — um das Wort einmal zu gebrauchen — würden gewiß hankeln, die ihre Kruppen in die Bajonette der Feinde hineintreiben wollten. Die deutsche Sozialdemokratie wurde wegen ihrer heimatlichen Haltung von den Gegnern verpöht, verhöhnt, aber diesen Spott und Hohn können wir im Bewußtsein unserer Stärke leicht ertragen. Bald fanden wir in Zürich, daß wir Deutschen mit unserer Auffassung nicht allein standen. Die Engländer, die zum ersten Male sich entschlossen hatten, im Interesse der internationalen Solidarität den 1. Mai als Tag der Feier anzunehmen, erklärten in der Kommission, mit dem Eintritt für jeden Versuch, die Arbeitsruhe zu erzwingen, sei dem Interesse des organisierten Proletariats nicht gedient, und in der englischen Fassung des Beschlusses wurde dieser Auffassung Rechnung getragen.

Es lagen tatsächlich zwei Fassungen der Resolution vor... Beständig steht man hieraus, wie groß die Schwierigkeiten der praktischen Verständigung auf einem internationalen Kongress sind... Bei besserer sprachlicher Verständigung hätten diese Differenzen gar nicht entstehen können. Die deutsche Fassung kennen Sie. Hören Sie nun die englische. Sie lautet in wörtlicher Uebersetzung:

„Es ist Pflicht der Sozialdemokratie jedes Landes, zu streben nach (to strive for) einer Feier des 1. Mai als eines Tages der Ruhe von der Arbeit, und die lokalen Organisationen in ihrer Verhandlungen (endeavour) in dieser Richtung zu unterstützen.“

Im deutschen Text: „Bestreben“, im englischen: „endeavour“, was im nicht unähnlichen Sinne, jedoch in einer etwas anderen Bedeutung ein zusammenfassendes Unterzucht. „Bestreben“ ist keine konkrete Handlung, es ist ein gleichbedeutendes mit Agitation, der Versuch aber ist eine konkrete Sache — schon ein irgendwo gefaßter Beschluß, irgend ein Vorgehen. Das, die deutsche Partei wäre gekommen, jedes einzelnen nachzuführen, der des Wortes „Bestreben“ nicht im herkömmlichen Sinne zu verstehen, sondern im Sinne der Resolution anzunehmen; das hat Engländer ausdrücklich in Zürich erklärt. Da wurde uns aber bemerkt, daß der deutsche Text die wörtliche Uebersetzung des nachgebenden französischen Originaltextes sei, und das ist richtig. In diesem Text: „endeavour“ — Bestreben; während für die Engländer, die jauch nicht zu haben wollen, eine andere Besart gewählt werden, nämlich „endeavour“, die die Engländer bekräftigen und auch, wie gesagt, was bekräftigt hätte...

Und nun zum Schluß der vorgeschlagenen Resolution. Sie können die allgemeine Arbeitsruhe nicht empfehlen, noch weniger dazu auffordern. Wenn wir schon vor zweiwöchentlich Jahren den Arbeitern von dem Versuch, die allgemeine Arbeitsruhe zu erzwingen, den Kampf mit dem Unternehmertum anzuempfehlen, wegen der schwebenden Entscheidung abstrahieren, so ist das heute doppelt eine Notwendigkeit und unsere Pflicht. Die Geschicklichkeit ist seitdem noch eine weit schlimmere geworden, und zwar besonders in allen Ländern. Es ist eine internationale und allgemeine Krise, die industrielle Revolution ist durch die Arbeitslosigkeit in tiefster Lage angekommen, das heißt die Zahl der Arbeitslosen ist heute in Europa ungeheurer als jemals zuvor, und die Arbeiter werden durch die Arbeitslosigkeit in der Erkenntnis der Lage, daß ihnen die Umstände günstig, den Arbeitern ungenügend sind, und in der äußeren Ermüdung, die Arbeiterorganisationen zu unterstützen oder zu zerbrechen. Und in der Tat, in ihrem Hoffnungslosigkeit können die Unternehmern nichts Schlimmeres tun, als die Arbeiter zu einem Kampf zu verleiten, der ihre Kräfte erschöpft. Das, die Arbeiter haben zurzeit im Klassenkampf das

Best in den Händen, und sie beherrschen die Lage vollständig. Und sie wissen das. Sie haben den Inhalt der Macht, der dem Versuch der Macht einfließen, aber nicht das Amt, aber die Macht gibt Verstand — die Einsicht dessen, was nützlich ist, und diese Einsicht ist bei den herrschenden Klassen viel schwerer entzündet und viel allgemeiner als bei der Arbeiterklasse, die erst empfindet. Aber der in Deutschland am meisten zum Erfolg am 1. Mai geht? Oben unsere Fabrikantenblätter die Arbeiter geschönt, sie erzählend, die Fabrikanten geschimpft, die sie nicht herauszuwaschen? Und das hat sich seitdem vor jedem 1. Mai wiederholt. Dies beweist, daß die Forderung, zu der sie uns provozieren wollten, im Interesse unserer Feinde war. — Da mag man wohl die Forderung zusammenstellen — aber freilich, wenn ein Beispiel vorgeworfen wird, von der allergrößten Bourgeoisie der Welt, dann können wir nur lachen. Junge Kruppen, die so gereizt werden, kann man nicht immer abhalten, sich in die Schläger zu stürzen, und das ist für die Arbeiter, die sie haben will; allerdings, erste erprobte Kruppen, wie die unsrigen, gehen nicht in eine solche Falle. Wenn wir die Schläger annehmen oder anbieten, dann geschieht es in dem Moment, wo wir zwar nicht den Sieg verbrieft in der Tasche haben, wie man höhnisch sagt, aber wo wir wissen, daß die Feinde ihn nicht in der Tasche haben. Das ist der Standpunkt, auf dem wir damals standen, auf dem wir heute noch stehen.

Die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai fällt — das sagte ich schon — unter den obwaltenden Verhältnissen mit der Frage des Generalstreiks tatsächlich zusammen. Unsere Gegner würden den Kampf, der an einem Punkte ausbräche, sofort zu einem allgemeinen machen; der Generalstreik für ein Land, oder gar der Weltstreik aber ist ein Unfug, das hat der Pariser und das hat auch der Züricher Kongress einstimmig ausgesprochen. Dort sagt man: wenn wir einmal die Macht haben, alle Kruppen stilllegen zu machen, dann haben wir auch die Macht, die heutige Gesellschaft in Scherben zu zerlegen, oder richtiger, sie in eine sozialistische Gesellschaft umzugestalten; und können wir das, dann lassen wir die Kruppen nicht stillstehen, sondern im Gegenteil noch mehr arbeiten, aber nicht im Interesse einzelner weniger, sondern im Interesse der Gesamtheit. Der Gedanke des allgemeinen Streiks muß als unzulässig verworfen werden. Alle Kruppen stehen still, wenn dein starker Arm es will, ist das Schlagwort derer, welche die Gesamtlage nicht übersehen. Gut, in Deutschland sind einige hunderttausend Arbeiter organisiert, aber der deutschen Arbeiter sind Millionen. Wird heute der allgemeine Streik verurteilt, so treten wir gerade die Besten, die tüchtigsten, die Organisierten, in einen hoffnungslosen Kampf. Hat denn das Proletariat einen Arm? Es hat Millionen Arme, in Deutschland 10 Millionen Doppelarme. Der eine Arm tut's, es tun auch Hunderttausende, aber die anderen Millionen? Sind sie etwa von einem Willen, von einer Erkenntnis geleitet? Nein! Die Mehrheit steht noch außerhalb der Organisation, die ganze Klassenbewußte Arbeiterkraft würde in solch verlichem Kampf eine zerschmetternde Niederlage erleiden, und auf Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Sie werden dem zustimmen, und darum bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. Mit Annahme derselben haben die deutschen Arbeiter den internationalen Verpflichtungen in vollstem Maße entsprochen. Der Wortwurf, daß wir Deutsche auf internationalem Gebiet lau seien, ist uns — beiläufig — nur von solchen gemacht worden, die in bezug auf die Erfüllung der internationalen Pflichten nicht mittelbarer Beziridung auf ihre Handlungen zurückblicken können als die deutschen Sozialisten. Wir können diesen Wortwurf ebenso lächelnd über uns ergehen lassen, als wir lächelnd können über den Wortwurf der Feinde aus dem Munde unserer fetten Bourgeoisie. Nehmen Sie diese Resolution einstimmig an und jorgen Sie dafür, daß der Arbeitsruhe durchgeführt können, es tun — für sich; aber keine Unterstützung zu sollen Versuchen darf erfolgreich, für welche die Partei, um nicht geschädigt zu werden, die Verantwortung ablehnen möchte...

Die Resolution Liebknechts wurde nach längerer Diskussion, die aber nichts Bemerkenswertes brachte, mit 192 gegen 3 Stimmen angenommen.

Wenn die von den Führern unserer Partei früher gemachten Ausführungen und die Beschlüsse der ersten Parteitage über die Mailfeier immer und überall strikte befolgt worden wären, dann hätte es zu Konflikten mit dem Unternehmertum gar nicht kommen können. Denn es wurde ja gerade betont, daß wegen der Mailfeier in einen Kampf mit dem Unternehmertum einzulassen. Auch die jetzt noch geltenden Beschlüsse über die Mailfeier besagen nicht, daß man dem Unternehmertum in die Falle laufen solle. Der Unternehmer internationale Kongress (14. bis 20. August 1904) machte es zwar den proletarischen Organisationen zur Pflicht, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben, aber nur überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen. Und der Beschluß des Jenaer Parteitages (1905) macht es den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Grundbedingungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist — diese Worte sind gleichbedeutend mit denen im Ausföhernden Beschluß — ohne Schädigung der Arbeiterinteressen tritt aber bei Ausperrungen aus Anlaß der Arbeitsruhe am 1. Mai ungewissheit ein. Das ist durch die bisher gemachten Erfahrungen hinlänglich bewiesen, namentlich durch die des Jahres 1906. Unsere Generalversammlung in London hat mit ihrem Beschluß also gar nicht gegen die Beschlüsse der internationalen Kongresse und der Parteitage verstoßen, sondern unter Zugrundelegung der gemachten Erfahrungen nur die richtigen Konsequenzen daraus gezogen. Wer das nicht gelten lassen will, der legt den erwähten Beschlüssen einen Sinn unter, den sie nicht haben, der will, daß die Arbeiter ohne Rücksicht auf die Folgen der Ausperrungen die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen.

Das die Beschlüsse der internationalen Kongresse und der Parteitage zur Mailfeier eine Halbheit sind, dafür sind wir nicht verantwortlich. Ebensoviele für die Streitigkeiten, die sich als Folge dieser Halbheit ergeben haben. Diese Halbheit macht den Eindruck, daß man zwar wohl gerne etwas durchsetzen, aber die Folgen dafür nicht tragen möchte. Deshalb sollte man endlich einmal zu dem Entscheder — oder! — endlich Stellung nehmen und beschließen: die Arbeit hat am 1. Mai allgemein zu ruhen, oder: die Arbeiterorganisation wird auf den ersten Sonntag im Mai berufen. Da man das erste auf keinen Fall beschließen wird, so bleibt nur das zweite. Damit wäre denn auch endlich einmal die Möglichkeit geschaffen, jedes Jahr eine imposante Arbeiterorganisation zu schaffen. Und der ganze Kampf, die ganzen Unzulänglichkeiten mit der Unterperrungsfrage wären mit einem Male beseitigt. Man wird nun uns darauf wohl erwidern, daß zu einem solchen Beschluß nur ein internationaler Kongress kompetent sei. Es sollte aber wenigstens von deutscher Seite einmal der ernsthafte Versuch gemacht werden, aus dem Dilemma herauszukommen.

Der sozialdemokratische Parteitag in Leipzig wird sich ja auch wieder mit der Mailfeier beschäftigen und in Verbindung mit der Unterperrungsfrage. Dabei wird auch der vom Nürnberg Parteitag gefaßte Beschluß,

wenn die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet sind, an die Partei- und Gewerkschaften einen Tagelohnabzug zu leisten, zu einer Ausperrung führen. Der Parteivorstand legt in seinem Bericht an den Parteitag über die Ausführung dieses Beschlusses folgendes:

In einigen Orten stehen die deutschen Parteigenossen bei der Durchführung dieses Antrags bei einem Teil des Personal der Parteizentralstellen auf Schwierigkeiten. Eine Reihe Parteigenossen weigerten sich, den Tagelohnabzug des 1. Mai abzugeben, weil der Parteitag kein Recht habe, einseitig solche nur einen besonderen Teil der Genossen befallenden Beschlüsse zu fassen und weil es nach Ablehnung des gemeinsamen Mailfeierfonds durch den Nürnberg Parteitag keine gemeinsame Fasse von Partei und Gewerkschaft an den einzelnen Orten gebe. Es ist richtig, daß die Fassung des Antrags für keine glückliche ist und der Antrag DO hätte in Nürnberg nach Ablehnung der Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission eigentlich vor seiner Annahme eine andere Fassung erhalten müssen. Wenn aber auch die Anstalten darüber aus- einandergehen, ob es zweckmäßig war, nach Ablehnung der Vereinbarungen den Antrag Frankfurt anzunehmen, so kann dennoch über den Sinn des angenommenen Antrags lokalweise kein Zweifel sein. Der Antrag verpflichtete die Genossen, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, ihren Tagelohn abzugeben. Es blieb ihnen überlassen, den Lohn an die Parteikasse oder an die Gewerkschaft abzuliefern. Der Nürnberg Beschlüsse galt für die Parteigenossen als solche, und deshalb galt er auch selbstverständlich für jeden politisch organisierten Gewerkschaftler.

Es ist ganz richtig, daß der Beschluß für die „Parteigenossen als solche“ gilt, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er einer der Fehler des Nürnberg Parteitags ist, denn er ist unüberleglich und gerech. Er wurde ohne Ueberlegung gefaßt, es fand darüber keine Aussprache statt. Unter denen, die vom Beschluß betroffen sind, sind sehr viele, die ein geringes Einkommen haben und in gar nicht glänzenden Verhältnissen leben, während andere Genossen, die den 1. Mai wohl feiern könnten, ihn aber nicht feiern, in sehr guter wirtschaftlicher Situation sich befinden. Unter den zu der Ausnahmestelle Verurteilten sind aber auch viele, die für die Partei auch in anderer Beziehung Opfer brachten und ihr sehr wertvolle Dienste leisteten, die auch bei Sammlungen immer ihren Obolus entrichteten. Rechnen man dies zusammen, so kommt bei den allermeisten ohne Zweifel eine Summe heraus, die viel höher ist als ein Tagelohn. Was will man nun aber dagegen machen, wenn diese Parteigenossen sagen: So lange dieses Ausnahmefest besteht, zahlen wir nur noch die obligatorischen Parteibeiträge und keinen Pfennig mehr freiwillig. Eine solche Stellungnahme wäre durchaus gerechtfertigt. Was will man dann machen? Dann hat die Parteikasse nur Schaden. Wir können daher nur wünschen, daß dieser ungerechte und wie eine Schlinge wirkende Beschluß des Nürnberg Parteitags aufgehoben werden möge.

Im weiteren unterbreitete der Parteivorstand dem Leipziger Parteitag eine neue Vereinbarung zur Annahme, die er mit der Generalkommission über die Unterstützung der Mailfeier getroffen hat. Bekanntlich hatten diese beiden Körperschaften, nachdem der Essener Parteitag dem Parteivorstand die Ermächtigung zu weiteren Verhandlungen mit der Generalkommission nach den Vorschlägen der deutschen Delegation des Stuttgarter internationalen Kongresses erteilt hatte, folgende Vereinbarungen getroffen; über die zunächst der Hamburger Gewerkschaftskongress zu entscheiden hatte:

„Zur Vorbereitung der Mailfeier ist an allen Orten möglichst zu Beginn des Jahres eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsstatut und die Parteioffiziation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.“

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Ausperrungen infolge der Mailfeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteioffiziation und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Ausperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Ausperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Kosten am Orte von der Parteioffiziation und den Gewerkschaften, denen die Ausperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Kosten der Ausperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralstellen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausperrten nicht.

Erheden die Gewerkschaften im Anschluß an die Ausperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausperrten allein zu übernehmen.“

Der Gewerkschaftskongress stimmte diesen Vereinbarungen mit dem Ergehen zu, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, eine andere ritliche Regelung der Unterstützungsfrage herbeizuführen.

Diese Prüfung fand statt, führte aber zu keinem anderen Resultat, als daß die beiden Körperchaften im dritten Absatz des Wortes vom Beginn der zweiten Woche“ strichen. Ueber die so modifizierten Vereinbarungen hatte dann der Nürnberg Parteitag zu beschließen. Dieser nahm zwar die Absätze 1, 2, 3 und 5 an, lehnte aber Absatz 4 ab, womit das ganze gefallen war. Der Parteivorstand wurde aber beauftragt, erneut mit der Generalkommission zu verhandeln. Der Parteivorstand berichtet nun:

„Solche Verhandlungen haben stattgefunden, nachdem auch in einer Konferenz der Vertreter der Landes- und Bezirksorganisationen im November die Frage nochmals durchberaten worden war.

Der mehrfach geäußerte Wunsch, bei der Regelung der Mailfeier die Unterstützungsfrage ganz auszuschalten, konnte bei den Verhandlungen nicht in Frage kommen, da der Nürnberg Parteitag durch Annahme des Abs. 2 des Antrags 132 gerade Unterhandlungen wegen der Unterstützungsfrage verlangte. Der weiter geäußerte Wunsch, einen Zentralfonds zu bilden, der durch Beiträge gebildet werden soll, kommt für Vereinbarungen praktisch nicht in Frage, da die Gewerkschaften einem aus Beiträgen gebildeten Zentralfonds nicht zustimmen. Es auf die Dauer bei dem alten Zustand zu belassen, wäre zwar ein einfaches Ausnahmsmittel, aber sicher kein gutes, da ja gerade das Unbefriedigende des alten Zustandes die Debatte über die Unterstützungsfrage zur Folge hatte. Außerdem muß die Aufrechterhaltung des früheren Zustandes dahin führen, daß zwar die Gewerkschaften die Opfer der Mailfeierregelungen allein zu unterstützen haben, daß dann aber auch die Entscheidung über den Umfang der Arbeitsruhe beanspruchen werden.

Der Parteivorstand schlug in den Verhandlungen an Stelle des vielach gewünschten, von den Gewerkschaften abgelehnten Zentralfonds und an Stelle der vom Parteitag abgelehnten Lokalfonds die Schaffung von Bezirksfonds vor, die für größere zusammenhängende Bezirkstafisgebiete gebildet

wirden sollen. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat den neuen Vorschlag, welche die in Absatz 2 angeführten Bestimmungen der alten Vereinbarung betreffen, lesen und in Absatz 4 an Stelle der bisherigen Fonds Besatzfonds vorlesen, ihre Zustimmung gegeben.

Der Absatz 4 der Vereinbarungen würde in der neuen Fassung lauten:

Zur Unterstützung der Ausgesperrten sollen für größere zusammenhängende Bezirke Besatzfonds gebildet werden. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt unter Zustimmung der in Frage kommenden Orte. Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteioberleitung und den Gewerkschaften in dem Bezirk, in dem die Aussperrung erfolgt, durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufzubringen.

Orte, deren Angliederung an einen Bezirksfonds unmöglich ist, haben in gleicher Weise am Orte einen Fonds zu bilden, aus dem die am Orte Ausgesperrten zu unterstützen sind.

Bedarf es eines solchen Fonds am Orte oder im Bezirk nicht, oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Kosten von der Parteioberleitung und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu beden. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Bedeckung der Kosten der Unterstützung aufzubringen hat, wird nach der Zahl der diesen Organisationen angehörenden Ausgesperrten berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Besatzfonds der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Die Schaffung solcher Bezirksfonds ist durchführbar. Der Parteivorstand hatte eine Vorlage über die Abgrenzung der Bezirke vorbereitet. Die Verhandlungen über die Bezirksfonds haben uns davon überzeugt, daß die Abgrenzung der Bezirke nicht in Berlin vereinbart werden kann, sondern zweckmäßigerweise den Organisationen der einzelnen Bundesstaaten und Landesstellen überlassen bleiben muß. In dem neuen Absatz 4 ist auch der Passus über die Aufbringung der Mittel präzisierter gefaßt, für den Fall, daß kein Fonds gebildet ist oder die Mittel des Fonds nicht ausreichen. Den Anteil, den die an der Walaussperrung beteiligten Gewerkschaften und die politischen Organisationen des Bezirks aufzubringen haben, wird berechnet nach der Zahl der Ausgesperrten, die jeder dieser Organisationen angehört. Wir sind der Meinung, daß diese Vereinbarung im Vergleich mit dem bestehenden Zustand ein Fortschritt ist. Die nun drei Jahre dauernden Verhandlungen haben gezeigt, daß alle anderen bisher gemachten Vorschläge zur Regelung der Unterstützungsfrage zu keiner Vereinbarung führen. Wir empfehlen deshalb die Annahme der neuen Vereinbarung im Interesse der Durchführung einer würdigen Maifeier, der die Fortsetzung der Unterstützungsdebatte der letzten Jahre nicht zum Nutzen gereichen kann.

Gegen diese neuen Vorschläge erhoben sich aber nun nicht nur in Partei, sondern auch in Gewerkschaftskreisen gewichtige Stimmen. So hat sich in Leipzig am 27. August die Parteiversammlung auf dem Standpunkt gestellt, daß die neuen Vereinbarungen unannehmbar seien, weil die Bezirksfonds unter Ausschaltung der Zentralstellen der Gewerkschaften eine Aufhebung des zentralistischen Prinzips seien; Grundbedingung für Schaffung derartiger Fonds sei, daß die Zentralverbände die Träger der Unterstützung seien; Mitgliederbeiträge der politischen Organisationen dürften für derartige Fonds nicht verwendet werden, da sonst bei den geringen Beiträgen eine Einschränkung der politischen Agitation herbeigeführt würde.

Was den letzten Einwand betrifft, so muß er auf die Gewerkschaften auch volle Anwendung finden, denn die Beiträge der Gewerkschaften sind auch nur für die in den Statuten festgesetzten Zweide berechnet, nicht aber darauf, daß alljährlich nicht vorauszu-sehende große Ausgaben wegen der Maifeier erwachsen. Die Leipziger Parteiversammlung hätte nur auch so konsequent sein sollen, auszusprechen: wenn die Gewerkschaften allein das Risiko tragen sollen, haben sie auch allein über die Maifeier zu beschließen.

Ein anderer Einwand wird von gewerkschaftlicher Seite gegen die neuen Vereinbarungen erhoben, sowohl gegen ihren materiellen Inhalt, wie gegen ihre rechtlichen Grundlagen. In Nr. 36 der Holzarbeiter-Zeitung lesen wir darüber:

„Die Generalkommission hat die Zustimmung der Gewerkschaftsverbände zu dieser Vereinbarung durch Umfrage eingeholt und die Mehrzahl der Verbände hat sich mit dem Abkommen einverstanden erklärt. Der Vorstand unseres (des Holzarbeiter-) Verbandes hatte Bedenken, seine Zustimmung ohne weiteres zu erklären und beantragt, eine außerordentliche Konferenz der Zentralverbände einzuberufen, um die Vereinbarung mündlich zu beraten. Dem an die Generalkommission gerichteten Antrag hat der Verbandsvorstand die nachstehende Begründung beigegeben:

1. Die Generalkommission spricht selber in ihrem Rundschreiben aus, daß auch sie erhebliche Bedenken gegen den Bezirksfonds hat, deshalb nur unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Zentralverbände zustimmen will, und zwar auch nur aus dem Grunde, weil eine andere Vereinbarung sonst vor dem Parteitag in Leipzig überhaupt nicht zustande kommen würde. Die Generalkommission will also die Verantwortung für diese Vereinbarung den Zentralverbänden überweisen. Für eine Abstimmung auf schriftlichem Wege ist aber die Verantwortung der Zentralverbände zu groß, die Wichtigkeit der Sache erfordert vielmehr, daß der Abstimmung eine ausgiebige Debatte in mündlicher Aussprache vorausgeht. Der Grund, daß eine andere Vereinbarung vielleicht nicht zustande käme, ist nicht stichhaltig, denn im Jahre 1910 fällt die Maifeier auf einen Sonntag, es ist also gar nicht erforderlich, daß eine endgültige Vereinbarung noch in diesem Jahre getroffen werden muß. Der Parteitag könnte eventuell die ganze Frage bis nächstes Jahr vertagen.

2. Der Bezirksfonds hat gegenüber dem zuerst vereinbarten dritten Fonds den großen Nachteil, daß er naturgemäß die Schaffung einer besonderen, ganz neuen Bezirksorganisation erfordert, mit einer besonderen Körperschaft zur Verwaltung des Fonds. Diese neue Bezirksorganisation wird in dem jetzigen Rahmen der Verbandsorganisationen gar nicht oder doch so schwer einzufügen sein, daß daraus die größten Schwierigkeiten entstehen werden. Eine Umkehrung an die vorhandene Einteilung der Gewerkschaften ist nicht möglich, weil die Abgrenzung der Gauen in jedem Verband eine andere, den besonderen beruflichen und organisatorischen Bedürfnissen angepaßt ist.

3. Wenn aber selbst es möglich wäre, die erforderlichen Bezirksorganisationen ins Leben zu rufen, kann den Verbänden alsdann wirklich zugemutet werden, ihre bisherigen bewährten Organisationsformen lediglich zugunsten dieses Bezirksfonds für die Maifeier zu ändern? Denn eine Verwaltungskörperschaft für die Fonds müßte, wie schon gesagt, selbstverständlich eingerichtet werden. Zur Wahl derselben, zur Festsetzung der Bedingungen für die Beitragsleistung an den Fonds und für die Finanzverwaltung des Fonds müßten Bezirkskonferenzen abgehalten werden. Durch diese gemeinsame Organisation mit der Partei würde einmal leicht die Selbstständigkeit der Gewerkschaften in Gefahr kommen, vor allem aber würden die Gewerkschaften der Gewerkschaften, die jetzigen Gantage z. B. Gefahr laufen, ausgegliedert zu werden. Die Bezirksfondsverwaltung, die eine Walaussperrung zu unterstützen hätte, würde auch die tatsächliche Leitung der Ausgesperrten bald für sich reklamieren und dabei mit den für die Verbände verantwortlichen Gewerkschaften jeden Tag in Konflikt kommen. Die betroffenen örtlichen Zahlstellen würden nicht mehr wissen, wessen Leitung sie folgen sollen, ihrem Gewerkschaftsverband oder dem Geldgebenden Bezirksfondsverwaltung.

Diese Erwägungen schon, zu denen noch eine Reihe anderer hinzukommen, halten wir für ausreichend, die Notwendigkeit unseres Antrags zu bekräftigen und wir bitten die Generalkommission

breitlich, die baldige Überlegung der Vorhabenkommission beschließen zu wollen.

Die Holzarbeiter-Zeitung bemerkt dazu, daß die Mehrzahl der Gewerkschaftsverbände gegen die beantragte Konferenz erklärt, eine mündliche Aussprache der Zentralverbände über die Vereinbarungen habe nicht stattgefunden.

Wir sind nun der Ansicht, daß weder die Generalkommission, noch die Zentralverbände ein Recht haben, aber die Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftstages, großes hinausgehende Vereinbarungen zu treffen. Der Auftrag, der der Generalkommission vom Gewerkschaftskongress erteilt wurde, geht dahin, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, eine andere örtliche Regelung der Unterstützungsfrage herbeizuführen. Von Bezirksfonds steht in dem Beschlusse kein Wort. Wir meinen deshalb, daß man sich im Interesse der Arbeiterbewegung doch hüten sollte, noch einen weiteren Streitpunkt zu schaffen.

Metallarbeiterverhältnisse in Württemberg.

II.

Im Abschnitt „Arbeiter im allgemeinen“ werden die von uns bereits im ersten Artikel erwähnten Verschiebungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft besprochen, und dazu folgendes bemerkt: „Es ist nicht zu verkennen, daß sich innerhalb einzelner Industriegruppen fortgesetzt Veränderungen nach Zahl, Alter und Geschlecht der beschäftigten Arbeiter vollziehen, die bedingt sind durch die Veränderungen der Technik, des Arbeitsprozesses und der Arbeitsmaschinen. Sie geben den Schlüssel für psychologische Vorgänge innerhalb der Arbeiterschaft, die in Sitzungen und Forderungen zutage treten. In der Textilindustrie hat der Ersatz der Sealfaktoren durch die Ringspinnmaschinen weitere Fortschritte gemacht; an Stelle des männlichen Spinners tritt das Drosselmädchen. Die Northropstühle, die in mehreren Webereten Eingang gefunden haben, bedeuten eine wesentliche Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft, an die Stelle von vier Weberinnen tritt ein Weber. In einer Holzfabrik sind durch Vorfstellung von Blasmaschinen zwölf Arbeiterinnen erspart worden. In einer Buchdruckerei sind durch die Anbringung von pneumatischen Anlegeapparaten mehrere Anlegerinnen erspart worden, andere Buchdruckereien werden folgen. In der Holzspielwarenindustrie werden die Kopf- und Fußteile der Pferde nicht mehr gedreht und geschnitten, sondern gestanzt. Das bedeutet eine nicht unbedeutende Ersparnis an Arbeitskräften. In verschiedenen anderen Anlagen ist automatische Kohlenbeschüttung der Kesselfeuerungsanlage eingerichtet worden, wodurch am Kesselpersonal gespart werden konnte. In einer Maschinenfabrik konnten durch Anwendung des autogenen Schneidverfahrens beim Ausschneiden von Mannschichten Arbeiter erspart werden. Das, was früher drei Stunden gebraucht wurden, kann jetzt in fünf Minuten gemacht werden.“

Das sind sehr erfreuliche und schätzbare weitere technische Fortschritte in der industriellen Güterproduktion, die sich alle in der Richtung der Befreiung der Menschheit von der Plage schwerer und anstrengender Arbeit, der Erleichterung und Verschönerung des menschlichen Daseins, der Hebung der allgemeinen Kultur bewegen. Heute aber wirken sie in der Hauptsache noch einseitig zum Nutzen der privaten Besitzer der Produktionsmittel, während sie für die Arbeiter weder entsprechende Arbeitszeitverkürzung noch Lohnenerhöhung bedeuten, aber allerdings solchen für die Zukunft den Weg ebnen. Direkt schädlich sind aber alle diese schönen Fortschritte im Zeitalter des Kapitalismus für die Arbeiter, die dadurch überflüssig und daher aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet, die erlosenen, arbeits- und verdienstlos auf die Straße geworfen werden. In der gegenwärtigen Zeit der Krise ist der Verlust der Existenz für die betroffenen Arbeiter um so schlimmer, als sie je nachdem lange auf Wiedererlangung anderer Arbeit warten und inzwischen darben und entbehren müssen. Im weiteren wird von diesen Vorgängen in der Industrie aber die gesamte Arbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen, da die Entlassenen die ohnehin schon vorhandene umfangreiche Arbeitslosigkeit noch vermehren und mit der übrigen industriellen Reservearmee den Arbeitsmarkt verschlechtern, den Druck auf die aktive Arbeiterarmee verstärken. So wird in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der die Menschheit zur kulturellen Höhe emporschiebende technische Fortschritt zum Fluch für die Arbeiter, die denn auch mit Wagnen um ihre Existenz den technischen Neuerungen und Fortschritten entgegensehen müssen.

Unter diesen Umständen ist um so mehr die auch im Krisenjahr 1908 weiter vor sich gegangene Arbeitszeitverkürzung zu begrüßen, die namentlich mehrfach in der Herabsetzung der zehnstündigen Tagesarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit am Samstag bestand und woran auch die Metall- und Maschinenindustrie ihren Anteil hatte. So hat im dritten Bezirk eine Maschinenfabrik an Stelle der 10 stündigen täglichen Arbeitszeit die 9 1/2 stündige an und an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die 6 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. Im dritten Bezirk reduzierte eine landwirtschaftliche Maschinen mit 600 Arbeitern ihre bisherige 10 stündige Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden. Von einer kleineren Maschinenfabrik wurde bekannt, daß sie Samstags die Arbeitszeit um 12 Uhr mittags statt wie an den übrigen Werktagen um 6 Uhr abends endigen läßt, so daß sie an dem genannten Tage nur noch 5 Stunden dauert.

Wesentlich ist der Zusammenhang der Arbeitszeitverkürzung mit der Beschäftigung in der Maschinenindustrie. Der Aufsichtsbearbeiter des dritten Bezirks sagt hierüber: „Für einzelne Betriebe ist die Verkürzung der Arbeitszeitfrage gleichbedeutend mit der Frage, ob und wie rasch technische Änderungen und Umgestaltungen mit den vorhandenen Mitteln durchgeführt werden können oder nicht. Das sind für manche Betriebe und unter Vermehrung solcher Uebergänge gelöst werden können. Wenn in der Textilindustrie sind im dritten Bezirk in den letzten Jahren über eine Million Mark ausgegeben worden, um den Betrieb mit Rücksicht auf die Kürzung der Arbeitszeit und auf den bestehenden Arbeitermangel wirtschaftlich zu gestalten.“

In den Getreidemühlen und Bäckereien, aber auch in Gastwirtschaften, kommen immer noch mörderisch lange Arbeitszeiten bis zu 16, ja in drei Mühlen sogar bis zu 40 und 42 Stunden vor! Man sieht, die kapitalistische Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft kennt keine Grenzen.

In Bezug auf die Lohnzahlung ist in einer Fabrik für Getreidemehl im zweiten Bezirk der Zeitraum zwischen Abschneidung und Auszahlungstag von vier auf sieben Tage verlängert und der Zahlung vom Mittwoch auf den Samstag verlegt. Der Zustand also für die Arbeiter verschlechtert worden. Bei Begutachtung stand also wegen erlassenen Nachtrags zur Arbeitsordnung hatte der Gewerbeinspektor zwar seine Bedenken gegen die Verlängerung der Frist geltend gemacht und insbesondere auch darauf hingewiesen, daß die Arbeitergeschädigte den Samstag nicht als Zahlungstag wünschenswert sei, die Firma ließ sich aber trotzdem zur Wahrung

ihres Entwurfs nicht bestimmen. „Soll in diesem Falle nicht der Arbeiterauschuss Einspruch gegen die Entlohnung erheben, ist ohne weiteres nicht ganz verständlich.“ Wo, dieser Auspruch ist ein auch nur wie in so vielen anderen Betrieben ein Meistlohnprinzip, das nur im Interesse des Unternehmers, aber nicht der Arbeiter, „angebracht“ ist.

Es ist selbstverständlich, was die Arbeiterinnen erwähnen, daß nämlich die Arbeiterfrauen der wachsenden Wohnbevölkerung den Vorrang geben. „Es sei bei kurzen Zeitabschnitten leichter zu wirtschaften, Einnahmen und Ausgaben können besser im Einklang gehalten werden, da in der Regel doch der ganze Haushalt auf dem Boden von der Hand in den Mund zugeschnitten ist und Sparnisse in den gegenwärtigen Zeiten kaum gemacht werden können.“

Aus dem zweiten Bezirk wird über die erfolgreiche Intervention des Ausschusses einer Uhrenfabrik berichtet. Die Leitung derselben gab gegen Ende des Jahres bekannt, daß sie infolge Weltmarktlage gezwungen sei, die tägliche Arbeitszeit von 9 1/2 auf 8 Stunden zu reduzieren. Daraufhin trat der Arbeiterauschuss unmittelbar mit der Firma in Unterhandlung und erreichte, daß die Arbeitszeit auf 8 Stunden festgesetzt wurde.

Graf Zeppelin hat in seinem Unternehmen in Greibitzhofen dem Arbeiterauschuss kurz die Aufgabe zugewiesen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Trotz der Krise fehlte es auch im Berichtsjahr nicht an Lohnkämpfen, die sich aber in recht bescheidenem Rahmen bewegten. Wieb doch nur von 22 Streiks, aber auch von 7 Aussperrungen berichtet, an denen insgesamt 2924 Arbeiter beteiligt waren. Eine ganze Anzahl dieser Kämpfe verlief zugunsten der Arbeiter, sei es, daß sie positive Erfolge erringen oder die Verschlechterungsbefehle von Unternehmern zurückweisen konnten. Der Bericht erwähnt den Abschluß von 30 Tarifverträgen für 618 Betriebe und 4260 Arbeiter. 28 Tarifverträge für 4206 Arbeiter sind ohne offenen Kampf und 2 für 84 Arbeitergehilfen zur Beendigung einer Aussperrung abgeschlossen worden.

Zutreffend ist die im Bericht gemachte Bemerkung, daß das an sich seltene Ausstellen betriebl. Organisationen beim Zustandekommen eines Tarifvertrags nur noch als eine Formalie angesehen sei. „In der Regel wirken die im Hintergrund stehenden Organisationen mit, ihre Zurückhaltung ist lediglich durch Rücksichten auf persönliche Empfindlichkeit oder durch solche auf eine überlebte Auffassung zu erklären. Die soziale Bedeutung des Zusammenwirkens betriebl. Organisationen geht aus der Tatsache der Erziehung von ständigen Schlichtungskommissionen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Stärke vertreten sind, hervor.“

Die württembergische Fabrikinspektion wehrt sich gegen den von Schachsmacher gemachten Vorwurf, daß sie in ihren Jahresberichten eine einseitige Stellung zugunsten der Tarifverträge einnehme. „Allerdings vom Erscheinen der ersten Tarifverträge in Württemberg an haben die Beamten in ihren Berichten ihrer Überzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß diese Verträge zu den besten Leistungen der Organisationen gehören. Sie sind der Ansicht, daß die ganze Entwicklungsrichtung dieser Verträge und die durch sie ins Leben gerufenen sozialen Einrichtungen weitgehend für alle Maßnahmen sind, welche im Interesse der friedlichen Entwicklung unserer Industrie ergriffen werden müssen. Diese Überzeugung haben die württembergischen Gewerbeinspektoren heute noch, ohne die außerordentlichen Schwierigkeiten zu verkennen, welche sich aus persönlichen und sachlichen Gründen der Tarifbildung in einzelnen entgegenstellen.“ Der Gehanke des Tarifvertrags wird weiterhin Weg machen, wie bisher, ohne daß die organisierte Arbeiterschaft mit Fanatismus unter allen Umständen daran festhalten würde, denn es kann in manchen Fällen besser sein, ohne Tarifvertrag weiter zu arbeiten, als mit der Annahme eines unglücklichen Tarifvertrags mit der Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zurückzutreten.

Auf mehreren Seiten des Berichts werden die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen besprochen und dabei auch die Versuche der Unternehmer zur Gründung von gelben Gewerkschaften erwähnt, die aber nach den Plänen des Hitters v. Waldegg den Herren nicht genehm waren und es daher lieber mit Unterstützungsbüro der einzelnen Betriebe versuchen wollen, die hoffentlich ebenfalls Glaslos machen. Etwas gelitten haben die Gewerkschaften in Württemberg unter der Krise. So lag die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften im Jahre 1908 zurück von 55 000 auf 53 050, die der Streik-Dunderstern Gewerbevereine von 22 000 auf 2038; die christlichen Gewerkschaften haben dagegen eine kleine Zunahme von 3751 auf 4000 erfahren, womit sie freilich den freien Gewerkschaften gegenüber nur geringe Bedeutung haben. Für die gewalttätige Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften nur auf dem Gebiet des Unternehmerrates zeigen die 453 266 M. (1907: 338 851 M.), die allein die vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart im Berichtsjahr an ihre Mitglieder enthielten. Erwähnung erfährt auch der Bund der technisch-industriellen Beamten, der in Württemberg 316 Mitglieder in 6 Ortsgruppen zählt.

In der Darstellung der Unternehmerorganisationen interessiert uns am meisten das, was über den Württembergischen Metallindustriellen-Verband gesagt wird. Er zählte Ende 1908 130 Betriebe mit 20 817 Arbeitern. Der Bund des Vertrages ist die gegenseitige Unterstützung bei Arbeitsveränderungen mit der Aufgabe, daß freireisende Arbeiter bei keiner der teilnehmenden Firmen Aufnahme finden. Dem Kartell gehören an: 1. Der Verband Metallindustrieller in Württemberg, 2. der Verband südwestlicher Textilindustrieller mit Beschränkung auf die württembergischen Mitglieder, 3. der deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe, Landesverband Württemberg, 4. der Verband der Uhrenindustrie und verwandten Industrien des Schwarzwaldes, 5. der Verband südwestlicher Holzindustrieller, 6. der württembergische Arbeiterverband für das Fuhr- und Transportgewerbe Württemberg und 8. der Industrieverband für Göttingen und Umgebung.

Der Verband Metallindustrieller in Württemberg hat mit der Hauptstelle österreichischer Arbeitgeberorganisationen in Wien eine gegenseitige Unterstützung vereinbart, jedoch nur unter dem Vorbehalt der Entscheidung von Fall zu Fall. Damit ist die kapitalistische Internationale komplett. Und trotzdem wird Tag für Tag den Arbeitern von derselben Seite die „rote Internationale“ mit der Absicht zum Vortritt gemacht, sie als „paterfamiliaslos“ herunterzumachen und zu diskreditieren.

Der Bericht erwähnt auch den in diesem Jahre wiederholt besprochenen Plan der Errichtung eines einseitigen Arbeitsgesetzes durch den Verband der Metallindustriellen, dessen Zweck sein soll, „die Grundzüge des Metallindustriellen-Verbandes nicht nur der Gesamtheit der Arbeiter, sondern auch jedem einzelnen gegenüber wirksam zur Geltung bringen zu können“. Da aber die Ausführung des Planes in Württemberg wegen des Mangels an großen Industriezentren mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft ist, hat der Verband die Gründung eines Arbeitsnachweises vorerst zurückgestellt und Ende des Berichtsjahres eine Ausschussliste errichtet, die denselben Interessen dienen soll. Jede Firma ist verpflichtet, wachsam die entlassenen oder ausgetretenen Arbeiter der Geschäftsstelle des Verbandes mitzuteilen und die durch Agitation hervortretenden Personen besonders zu kennzeichnen. Ebenso

geschicht es mit den eingestellten Arbeitern. Diese Aktien werden geprüft und mit entsprechenden Bemerkungen zurückgeschickt. Die Firma hat dann zu entscheiden, ob sie den gesammelten Arbeitern behalten will beziehungsweise nicht. Diese Einsetzung soll eine wirksame Waffe in den Händen der Unternehmer sein. Mit gutem Willen gewährt es sich, daß sie in erster Linie dazu dienen soll, den Verbandsmitgliedern technisch gut ausgebildete Arbeiter zuzuführen zu können. Daß die wichtigsten Arbeiter gerade unter den Organisierten in größerer Zahl zu finden sind, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden. Diese Tatsache ist dem Unternehmerverband sehr wohl bekannt. Ihm wie jedem Verbandsmitglied liegt es sehr wohl fern, den Arbeiter wegen Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation ungünstig zu beurteilen. Davor hat der Metallarbeiterverband in einem Rundschreiben an die Unternehmer ausdrücklich gewarnt. Nicht die Zugehörigkeit zu einer Organisation, sondern nur die Verletzung der Nebenarbeiter durch Negation oder durch anderes soll bemerkt werden. Den Verbandsmitgliedern ist fernerhin ausdrücklich zur Pflicht gemacht, in ihren Mitteilungen über die Arbeiter niemals einer augenblicklichen Stimmung zu folgen, die leicht zu einem harten und ungerechten Urteil über den Arbeiter führen könnte.

Wie wiederholt loyal und harmlos sich das liest. Die planmäßige und gleichzeitige Verfolgung der in der Organisation tätigen Arbeiter, die Organisation eines ganzen Spitzelsystems mit den obliegenden Denunziationen demokratischer Lumpenprofiteure soll kein Unrecht sein und niemandem unrecht tun, sondern nur die Gewerkschaft schädigen und ihre tüchtigsten Mitglieder unmöglich machen. Der Plan der Württembergischen Metallindustriellen ist demnach teuflisch raffiniert und somit auch durchaus vertuschelt, geradezu ein Verstoß gegen die guten Sitten, um so mehr, als die Arbeiter eine gleichartige Waffe gegen die Unternehmer nicht besitzen.

Die Gewerbeinspektion willigt in den Unternehmern, indem sie konstatiert, daß dadurch der einzelne mißliebige Arbeiter außerordentlich schwer getroffen werden kann und daß auch der Metallindustriellen-Verband in der Anwendung dieses Kampfmittels eine nicht unbedeutende rechtliche und moralische Verantwortlichkeit trägt. So groß die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern auch sein mögen, so muß die Schärfe der Kampfsmittel an der bis zu einem gewissen Grade vorhandenen Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern ihre natürliche Grenze finden. Jede Überspannung des Bogens würde auf beiden Seiten zur allmählichen Auflösung der Verbände führen. Die Verhandlungen, die im Berichtsjahr zur Beilegung von Zwistigkeiten von Verband zu Verband geführt worden sind, haben den Beweis erbracht, daß beiden Seiten an einem ehrenhaften Frieden weit mehr gelegen ist, als an einem Kampf, der bei den heutigen Mitteln der Organisationen auch für die Sieger mit schweren Opfern erkauft ist.

Diese Friedensschalmeien der Gewerbeinspektion nehmen sich gar sonderlich aus im Lichte der in Nr. 30 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Dokumente des Metallindustriellen-Verbandes, in denen der Sieg der Berliner Schornsteinfabrik offenkundig ist. Dagegen kann nur die immer mehr sich ausbreitende und erstarkende Gewerkschaft der Deutsche Metallarbeiter-Verband, mit Ausschließung der großen Mehrheit der Metallarbeiter helfen.

Samiel hilf!

Anf dem Dache sitzt ein Greis,
Der sich nicht zu helfen weiß.

Unser kleiner, schwarzer Duisburger Freund scheint in diesen für das Zentrum so schweren Tagen mit seinem bißchen Grütze müßig am Rande zu sein, denn er weiß jetzt nichts Besseres mehr zu tun, als in hilfloser Verlegenheit seine Geißelblüten von ehedem morgen erneut im selben ärmlichen Gewande gegen die Zentrumswegener loszulassen. Ob das Blatt nicht mehr weiß, was es einige Nummern vorher schrieb, oder ob die Weisheit wirklich „alle“ ist, vermögen wir nicht zu entscheiden. Zu der Nr. 31 weiß das Duisburger Blatt aus Bedrückung gegen die Angriffe auf die Zentrumspolitiker, die natürlich für die schwachwulstige und schwache Zentrumspolitik voll mitverantwortlich sind, seinem gewählten Herzen nicht anders Lust zu machen, als indem es wieder einmal aus den Kumpellarmen der Wahltagblattjournalisten des Reichsländerverbandes und der Münchener-Gladbacher ultramontanen Zentrale die arg verjammerten Listen herbescholt, wonach die Sozialdemokratie im Reichstag so und so oft gegen sozialpolitische Gesetze gestimmt habe. Von diesen Listen scheint sich das Duisburger Blatt in Erwägung anderer Gedankenarbeit immer noch eine kleine Wirkung zu versprechen, denn in Nr. 33 werden die sozialdemokratischen „Richtlinien“ zum Teil nochmals den zentrumsfeindlichen Lesern zum Vorlesen gegeben, wobei das Blatt meint, die Gewerkschaften müßten ob solcher Handlungsweise „mit Abjehen erfüllt“ werden.

Allerdings müssen wir schon verlangen, daß das Zentrumslitium etwas besser bei der Wahrheit bleibt. So ergangen wir: Der erste Entwurf der Unfallversicherung (1881) enthält die Gewährung eines Reichszuschusses. Das Zentrum erklärte sich dagegen. Bei der Krankenversicherung war in zweiter Lesung die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter angesetzt worden. Die Ultramontanen widerlegten sich dem und drohten, das ganze Gesetz jenseits zu lassen. (So waren die Landarbeiter bis jetzt ohne Versicherungsrecht und erst die neue Reichsversicherungsordnung will das jährende Unrecht einigermaßen gutmachen.)

Bei der Alters- und Invaliditätsversicherung stimmte das Zentrum (mit einigen Ausnahmen) gegen das Gesetz. Warum? Weil das Gesetz das Zentrum zu weit ging, weil es sich nicht um, wie das Zentrum wollte, auf das Gewerbe, sondern auch auf das Handwerk und die Landwirtschaft bezog. Um den Zusammenhang und Zustand nicht wegzunehmen, lehnte das Zentrum das Gesetz ab!

Die „wackleren“ Forderungen, die die Sozialdemokraten stellen, waren folgende:

- Die Hälfte des Vermögenssteuersatzes sollte bei der Erwerbsunfähigkeit gemindert, um eine Rente zu erhalten.
- Der Reichszuschuß sollte von 50 auf 90 M. erhöht werden.
- Arbeiter mit weniger als 550 M. Jahresverdienst sollten von der Beitragszahlung befreit sein, es sollte dafür das Reich diesen Betrag zahlen.
- Die Sozialdemokratie stimmte gegen die Gesetze, weil alle geringen Verbesserungsanträge abgelehnt worden waren.
- Das Zentrum stimmte gegen das Invalidenversicherungsgesetz, weil es ihm zu weit ging. Dieses Verhalten der Mehrheit bringt allerdings kein zentrumschriftliches Gesetzentwurf und Gesetzkritik über die Lippen. 1897 verlangte das Zentrum die Einschränkung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes, das Handwerk sollte unter anderem ausgeschlossen sein vom Versicherungszwang und der Reichszuschuß sollte wegfallen. Die Regierung

lehnte diesen „arbeiterversündlichen“ Zentrumswunsch allerdings entschieden ab.

Über die allgemeine Wirksamkeit der Sozialdemokratie an der Sozialgesetzgebung äußerte sich vor einigen Jahren ein Gegner der Partei, der freilich einige Abgeordnete Dr. Gutslaff, unter anderem folgendermaßen:

„Der Anteil, den die Sozialdemokratie an der Verbesserung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung hat, dürfen wir christlich nicht leugnen. Dieser Anteil ist groß und wir müssen den Parteien in dieser Hinsicht stets zu Dank verpflichtet sein und bleiben.“

Erwähnt sei auch noch das Wort Bismarck's, der die Sozialdemokratie als Vorbedingung der Sozialreform anerkannte. So viel kurz und knapp zu der christlichen Gesetzkritik. Weiter muß das „christliche“ Blatt in seiner Nr. 33 wieder einmal als getreuer Schildhüter des Zentrums „beweisen“, daß es der deutsche Arbeiter wirklich so schlecht gar nicht hat und daß deshalb die Aufregung über die zentrumschriftliche Finanzruhr nicht recht am Platze sei. Das Zentrum will ja durch lange Tabellen nachweisen, daß anderwärts die Arbeiter noch mehr geschöpft werden und es glaubt damit gar wohl seinen Steuerraubzug in eine große, am Volk begangene Wohlthat umzuwandeln können. Solches Gegenmaßregeln ist ja immer die wirksamste „geheime Waffe“ des Zentrums gewesen. Vorher Wahl warnte das Zentrum vor 100 Millionen neuer Steuern, wenn das Zentrum geschwächt würde. Jetzt sind 500 Millionen, vom Zentrum selbst dem Volk abgefordert, eine Rettung des Vaterlandes“. Wer das verdauen kann, der ist wahrhaftig zu bewundern. Um die Rechenschaftsfragen fertig zu bringen, wird unter anderem auch Frankreich zu einem „teilweise sozialistisch“ regierten Land umgelogen. Das christliche Gewerkschaftsblatt fragt:

„Stehen wir deutschen Arbeiter denn wirklich schlechter als unsere Brüder in einem Staate, wo die Sozialdemokraten die Hauptrolle spielen?“

Und weiter:
„Wenn wir vom Staat Erfüllung unserer Wünsche fordern, müssen wir dem Staat auch die nötigen Mittel dazu bewilligen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Verteilung der Lasten in Deutschland eine absolut richtige ist.“

Gegenüber diesen gequälten Zentrumskindern versuchen wir darauf hinzuweisen, daß doch Herr Wieber, der Vorsitzende der Christen, auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Köln die vom Zentrum bewirkte Belastung der Arbeiter für derart erdrückend hoch und ungerecht hielt, daß er die „bürgerlichen Parteien — und dabei doch wohl auch das Zentrum — warnte, die Belastungsprobe zu überspannen, weil es verhängnisvoll werden könnte!“

Es bleibt bestehen: In Nr. 29 schrieb das „christliche“ Blatt selbst, daß zahlreiche Arbeiterfamilien in Verhältnissen leben, die kulturwidrig und im höchsten Grade bedenklich sind. Und antwortend hieran heißt es in Nr. 33 des Duisburger schwarzen Blattes:

„Und doch wird unternehmerseits mit allen erdenklichen Mitteln darauf hingearbeitet, das Einkommen und damit die Lebenshaltung der Arbeiter mehr und mehr herabzudrücken.“

Zu solcher Herabdrückung trägt selbstverständlich auch die enorme Verteuerung der verschiedenen Konsumartikel durch die „Finanzreform“ ihr großes Teil bei, die Wirkung ist die gleiche, und diese Verteuerung hat vor allem das Zentrum verschuldet.

Mit solcher Erweiterung stimmen wir dem Duisburger Blatt zu, wenn es weiter schreibt:

„Rein Recht wird behaupten wollen, daß eine Arbeiterklasse, die sich derartig unter das Kulturniveau herabdrücken läßt, geistig auf der Höhe steht.“

Rein, das behaupten wir auch nicht; aber weil die Arbeiterklasse ihr Kulturniveau nicht herabdrücken lassen und geistig auf der Höhe bleiben, ja erst die Höhe emporsteigen will, eben deshalb wird sie neben den Kapitalisten vor allem auch die Zentrumspartei und ihren gebundenen „christlichen“ Gewerkschaftszweig bekämpfen. Diese Logik wird auch der Duisburger Deutsche Metallarbeiter mit noch so viel Aufwand an Lungenkraft und Druckerhärte nicht unterdrücken können.

In übrigen ist es ja Schwimdel, wenn das christliche Blatt scheinen lassen will, als ob die 500 Millionen der Finanzreform etwa „dazu“ dienen sollten, die „Erfüllung der Arbeiterwünsche“ zu ermöglichen. Daß die Höhe ins Gesicht behält, würde Ortel Bräsig sagen. Rein, die 500 Millionen jährlich sind in der Hauptsache zur weiteren ungehörigen Forcierung der überspannten Armeesolowal- und Flottenpolitik bestimmt. Zu jenem Sterben will das Duisburger Blatt dann wieder „nicht sagen“, daß die Verteilung der Lasten in Deutschland eine absolut richtige ist. Wo verhältnismäßig richtig soll die Verteilung denn doch sein? Mühen sind die christlichen Gewerkschaften mit dieser Weisheit abgeben.

Sagen wir es nun heraus: die „Christen“ fühlen sehr wohl, wie vergraben ihre Lage ist und daß ihren Anhängern die schwüligen Sophismen zur Verteidigung der Zentrumspolitik Bauchgrinsen verursachen. Aber die Christen können nicht anders. Sie sind mit festen Ketten an die Zentrumspolitik gekettet. Bekannt ist ja noch — lang ist's schon her —, daß auch der christliche Metallarbeiter in der Frage der Zollhöhe bei den Handelsverträgen einmal gegen den Zentrumswunsch liden wollte; aber das Zentrum fand Mittelchen, „eine“ Rente im christlichen Metallarbeiterverband für zu machen. Diese „Arbeiterwünsche“ sind jetzt allerdings überwunden. Die christlichen Gewerkschaften wissen, was von ihnen verlangt wird und was ihres Amtes ist. So langsam denn diesmal die Gewerkschaftsführer im Rahmen der Zentrumswunschreform programmatisch mit. Noch in neuer Zeit geben uns die Christen einen furchtbarlichen Beweis für die jede Verteilung. Nach der Nr. 33 des christlichen Deutschen Metallarbeiter laut Giesberts auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Köln auch auf die konfessionellen Arbeitervereine zu sprechen:

„Eine zweite Frage ist die: Welches Interesse haben wir im besonderen an unseren konfessionellen Arbeitervereinen? Die konfessionellen Vereine haben für unsere Bewegung eine grundsätzliche Bedeutung wichtiger Art. Die erste Aufgabe der konfessionellen Vereine ist, die religiösen Grundzüge zu pflegen, den Mitgliedern zu erhalten und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Was kann das als Gewerkschaftler interessieren? Wenn diese Funktionen verschwinden, die heute in erster Linie die Aufgabe haben, die christlichen Ideale im Volk zu erhalten, dann liegt der Boden unter unseren Füßen fort, auf dem die christliche Gewerkschaftsbewegung gegründet worden ist. Wir befinden uns in ungemein schwierigen Verhältnissen, weil wir uns als christliche Gewerkschaftler betätigen. Die Kulturströmungen nehmen einen entgegengekehrten Weg, die amoralischen Ideen nehmen eine größere Ausdehnung an, nicht bloß bei den Gebildeten, auch in den unteren Kreisen. Diese konfessionellen Arbeitervereine sind eine unbedingte Not-

wendigkeit, wenn sich überhaupt eine christliche Arbeiterbewegung erhalten soll.“

Also die konfessionellen konfessionellen Arbeitervereine sind eine unbedingte Notwendigkeit für die christliche Gewerkschaftsbewegung; wenn diese „Institutionen“ verschwinden, ist dem Gewerkschaftswesen der Boden unter den Füßen entzogen. Das ist vollkommen richtig. Die konfessionellen Arbeitervereine aber befehligt der Zentrumswunsch. Giesberts ist also in der Sache für seine christlichen Gewerkschaften der gleichen Ansicht wie der Zentrumsmann Dr. Ritter von der Oberdiensttagkonferenz bezüglich der wachsenden „größeren“ Zentrumspartei. Der Ritter hat die Macht, daher: bud bloß und schweige! Ritter erklärte, wenn der Ritter bei einer Reichstagswahl „neutral“ bliebe, wäre das Zentrum geliefert. Vollkommen wahr. Mit ein bisschen anderen Worten betont Giesberts für die „christlichen“ Gewerkschaften daselbe.

Ja wohl, sie müssen! Die „christlichen“ Gewerkschaften müssen der kirchlich-kapitalistisch-agrarischen Zentrumspartei dienbar sein — sonst hat der katholische Ritter kein Interesse an den „christlichen“ Gewerkschaften. Hat dieser Ritter aber kein Interesse daran, dann ist den Gewerkschaftschristen „der Boden unter den Füßen“ weggerissen.

So stehen die Dinge. Hoffen wir, daß die Metallarbeiter in den letzten Zeitläuften wieder klar erkennen, wie wichtig und notwendig eine Gewerkschaft ist, die alle Berufsgenossen umspannt, ohne Rücksicht auf ihr politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis, die aber auch mit aller Kraft die allgemeinen Lebensinteressen der Berufsgenossen berührt und auf keine agrarischen, kapitalistischen oder kirchlichen Interessengruppen, auf keine solchen „höheren ideoellen Interessen“ Rücksicht nimmt, sondern dem Klassenempfinden der Arbeiter die Bahn frei macht. Die „Christen“ können dies nicht, wie Stegerwald in Köln selbst rund und nett zugab; deshalb will er nicht für 50 000 M. Wägen (Zentrumsl-)Abgeordneter sein.

Unsere Parole kann nur lauten: Für alle Berufsgenossen der Deutsche Metallarbeiter-Verband!

Aus Amerika.

Vom Ohio bis zum Stillen Ozean.
Von Lagrin.

St. Louis ist eine sogenannte deutsche Stadt. Von ihren 675298 Einwohnern sind 68781 in Deutschland geboren. Das Deutschland ist numerisch noch härter als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Denn auch Österreich und die Schweiz sind dort durch starke Hausen vertreten. Übrigens lassen schon die vielen deutschen Namen an den Geschäftshäusern den deutschen Charakter der Stadt erkennen. Im Süden der Stadt erklingen alle deutschen Tonarten vom sächsischen Tenor bis zum schwäbischen Bass. Auch Berliner hört man aus der Landmannschaft gar oft heraus, denn sie sprechen auch hier hochdeutsch und — noch höher. Wandert man einige Meilen am Mississippi hinunter, in den Kreis Luxemburg hinein, so sieht man schon in gerauer Entfernung, wo deutsche Reinlichkeit und deutscher Fleiß in Haus und Gärten walten.

Wie in den stillen Städten, so fällt auch in St. Louis die schnelle Amerikanisierung, um nicht zu sagen die Überamerikanisierung des deutschen Nachwuchses auf. Zwar trifft dies bei anderen Nationen auch zu, aber lange nicht in dieser Auffälligkeit. Selbst wenn die Kinder die ersten Jahre in Deutschland verleben, übertreffen sie, auf amerikanischen Boden gesetzt, bald den Yankee an schreiendem Patriotismus und schneidendem Spott über den „Dutch“. Wenn sich irgendwo ein nativistisches Geschrei aufst, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß deutsche Abkömmlinge unter den Schreihälfen sind. Gens ist gewiß — und wird nirgends bestritten: die deutsche Sache hat von den Kindern der Deutschen in Amerika nichts zu hoffen.

Die numerische Abnahme des Deutschtums ist durch natürliche Ursachen (Rückgang der Einwanderung) bedingt, die nicht beseitigt werden können. Wo der Tod eine Rucke reißt, tritt kein Ersatzmann ein. Dies wissen am besten die deutschen Zeitungen. Denn jeder Todesfall bedeutet für sie den unwiederbringlichen Verlust eines Wohnortes. Das Zentrum der Klagen ist der kleinere Individualismus der Kinder an Sitte und Sprache ihrer Väter, ein Individualismus, der vielfach in Feindschaft gegen alles Deutsche umschlägt. Dieses Phänomen drängte sich mir in der ersten Fabrik in New York auf und ich habe es auf dem Wege nach dem Stillen Ozean nahezu überall wiedergefunden. Die Klagen haben kein milderes Echo gefunden. Sie werden das auch in der Zukunft nicht finden, selbst wenn sich taugliche Leute an die Abstellung der Ursache machen würden. Denn die Quelle des Übels sprudelt nicht diesseits, sondern jenseits des Ozeans. Die große Masse der Einwanderer gehört den unteren Volksschichten an. Politische Missetaten und wirtschaftliche Not trieb sie über den Ozean. Was ihnen von ihrer länglichen Habe der Steuerbehörde oder der Gerichtsvollzieher gelassen, langte gerade für die Reise im Zwischendeck. Die Deutschlandmüden kamen im Goldlande Amerika an mit arbeitswilligen Händen und dem festen Vorsatz, in diesem ihr Glück zu zimmern. Mit dem Vaterland waren sie fertig. Gewiß stellte sich bald ein Klemmen in der Brust, eine Sehnsucht nach einem etwas, kurz das Heimweh ein. Allein ein Blick auf den Ozean und auf den Varmittelbestand drückte es wieder zurück in die Passivität. Dam ließ der Kampf ums Dasein ohnehin nicht viel Ruhe zur Beschäftigung mit solchen Gefühlen. Das rauhe Proletarierleben ist ein schlechter Boden für ihre Entfaltung.

Die Not trieb zur Suche nach Arbeit, noch ehe der Mond im neuen Lande einigemal gewechselt hatte. Allzu wäflerisch durfte und konnte der Ankömmling nicht sein. Selbst wenn er daheim der besten einer in seinem Fache gewesen, hatte das jetzt zumeist keine Bedeutung. Die Verhältnisse und die Sprache mußten erst kennen gelernt werden, ehe mit weniger Bescheidenheit aufzutreten werden konnte. Vor allem wurde Brot gebraucht und auch einige Dollar für neuen Haushalt. Beim Einkauf gab der Yankee auch keine Vorzugspreise auf Grünhörnlichkeit. Im Gegenteil: der Fremdling durfte sich nichts verbrießen lassen. Vielleicht seufzte, murkte er, schluckte den Ärger hinunter, aber jedenfalls schlangte er von früh bis spät den Tag eine Frau. Ihre starken Arme, ihre Müdigkeit und Arbeitslust kamen ihr gut zu staten. Sie schuerte, wusch, nähte, wusch, lang erstete einer eingeborenen Familie einen Mann und ein Mädchen für alles für übermäßig geringe Ansprüche. Und die Kinder? Diese lagen den lieben langen Tag auf dem Boulevard der Armen: der Straße. Die Fabrikpfeifen schredten sie vom harten Lager, das Tageslicht lockte sie heraus aus dem düstern Heim; der Straßelärm begleitete sie, eine gute Vorkehrung beschützte sie. Das Einwandererkind gleicht dem Blatt, das der Herbstwind in die Straße weht und weiterrückt. Einsam, fremd, gottverlassen, sucht es und findet bald Spielgenossen. Deren selbstbewußtes Auftreten und Sicherheit im Urteil fällt der kindlichen Unschuld vom deutschen Lande sofort auf; ihre Ungezogenheit und Dreistigkeit im Verkehr mit den „Großen“ gebietet Respekt. Von ihnen sieht das fremde Kind verteuft späßige Lrids, hört fremde Laute, die begierig nachgeahmt, zu Worten gemacht, zu Sätzen geformt werden. Bald ist ein englischer Wortschab

erfammelt mit dem nach besten Kräfte gewandert wird. Mit der Sprache ist der Schlüssel gegeben zu dem Schreibe, der für die lüderlichen Augen und Ohren der Fremden klaren wunderbaren Dinge blickt. Frei von der schließenden, leitenden, zwingenden Elternhand, völlig unvorberichtet hineingeworfen in eine fremde und eigenartige Welt, trägt Herz und Kopf der Chindmännerkinder, die sturmartig eindringenden Einbrüche zu fassen. Es läßt sich beschreiben, schäutern an. Bald wird es mit nicht gerade respektvollen Gebärden „Dutch“ geheißen. Es vermeidet alles, was ihm als Ursache dieses Spottnamens deutet. Die geschäftige Intelligenz empfängt von „Dutchman's Country“ himmelstürzenden Bericht und viel, sehr viel wunderbarer Pyramidales, einfach unfassbar Großartiges von dem „herrlichsten Bande“, das die Sonne beschleht von Amerika. Es mag zweifeln, rechten, deuteln, den ungläubigen Thomas spielen. Aber nicht lange, denn bald sieht es den Jim blanke Nickelstücke für Zigaretten spenden, den Bill Backschuße tragen, den John mit Rollschuhen lugeln. Von den Müttern seiner Spielfameraden hört er sagen, daß sie „Fünf-Dollarhüte“ haben, Ladies sind, die Schwester eine Miß ist, der Vater einen „Vier-Dollarjob“ hat. Und der sein ausgelegter Parlor mit den schönen Wänden und Teppichen ist auch schon bewohnt worden. Das Einwandererkind denkt an seine kalte triste Häuslichkeit, bezieht sich seine windigen Zerrlinge, stellt sich seine Mutter als alles andere vor, nur nicht als Lady, und es weiß, daß es selbst niemals einen Groschen besaß. Was wunder, wenn alle Vergleiche zu seiner Ungunst ausfallen! Über die Ursachen dieses Standes der Dinge weiß das Kind noch nichts bestimmtes zu sagen. Aber bald geht's in die Schule. Noch ehe das Abc gelernt, wird gelehrt, daß Amerika das herrlichste, freieste Land ist, wo jeder, auch der Armste, Präsident und Millionär werden kann; daß jeder ein souveräner Bürger ist, während im alten Lande die Menschen nur Rechte der Fürsten sind. Früher, vor vielen Jahren, sei es auch so in Amerika gewesen. Aber die Unterdrücker seien davongeschlagen und die „Hessen“, die geholfen, seien getötet worden. Danach sei Freiheit angebrochen, die Gleichheit etabliert und Reichthum über alle gekommen. Das wisse übrigens die ganze Welt, denn von überall kämen Laufende herbeigeströmt, um Schutz und Reichthum unter dem Sternbanner zu suchen, das über allen schützend wehe. Solch ein nobles Banner zu achten, müsse Ehrensache sein und das glückseligste Land zu verteidigen die heiligste Pflicht. Das wirkt. Das fremde Kind beginnt sich zu schämen, wo anders geboren zu sein, es will wieder gut machen, was andere „verbrochen“, und schreit noch begeisterter und lauter dem Lehrer den Schwur nach: I swear Allegiance to the Flag and to the Country for which it stands!

Freilich wird den Kindern die wahre Geschichte jener „Hessen“ nicht erzählt, auch nicht, daß die deutschen Bauern in Germantown ihre Unabhängigkeitserklärung schon entworfen, noch ehe die „Väter des Landes“ daran dachten, daß die deutschen Turner in der vordersten Reihe gegen die Sklavensklavter des Südens kochten, daß auf die deutschen Scharfschützen während der dunkelsten Stunden des Bürgerkriegs der unbedingteste Verlaß war. Noch werden Namen wie Steuben, Siegel, Schurz genannt. Dafür wird aber aus Washington (der so gut das Land zu seinen Gunsten zu verweisen verstand) ein Gott gemacht, aus den „Vätern des Landes“ mindestens Halbgötter, und Vincolns Karriere wird zur Möglichkeit für jedes Kind.

Der Vater weiß auf die begeisterten Geschichten, die sein Kind von Straße und Schule mitbringt, nicht viel zu erwidern. Wohl mag er stille Zweifel an der Herrlichkeit, Gleichheit und Freiheit des Landes seiner Wahl hegen. Er erinnert sich vielleicht, wie schwer er bei der Arbeit getrieben wird; daß einer seiner Kollegen verunglückt, ohne daß sich ein mitleidiges Auge nach ihm wendet; daß andere Kollegen sofort auf die Straße gefetzt wurden, weil sie einige Sekunden zu spät kamen; daß andere keine Arbeit mehr finden können, weil sie 40 Jahre alt sind; daß ein Bekannter betteln gehen muß, weil er seine Glieder in der Fabrik eingebüßt hat. Aber wenn er an sein Vaterland denkt, so werden seine Gefühle auch nicht so bitter. Süßer Erinnerungen und Lichtblicke weiß er sich nicht zu erinnern. Das Vaterland gab ihm nichts, noch nicht einmal Brot für die Seinen. Wenn er es auch jetzt nicht viel besser hat, immerhin ist er den Polzeigeruch los, zwischen sich und der preussischen Drangal liegt der Ocean, er und seine Söhne brauchen nicht ihre besten Jahre in der Kaserne zu vergeuden, das Sümmechen, das ihm bei der Teilerlei mit dem Unternehmer blieb, wird hier nicht noch einmal vom Steuerheber geteilt, er braucht kein Schulgeld zu bezahlen, auch keine Schulbücher zu kaufen, und vor allem, er kann in Amerika doch wenigstens besser leben und sich satt essen, wenn er Arbeit hat. So muß schon etwas wahres an den Geschichten seiner Spröplinge sein. Über das Wieviel oder Was zu deuteln, verbieten ihm Zeitmangel und Unkenntnis. Übrigens, wenn er in einer solchen Diskussion mit seinem Jungen anfangen wollte, Vorzüge des Vaterlandes gegen Amerika zu sieben, würde er nicht weit kommen. Auf diesem Boden muß er die Waffen strecken. Sein in amerikanischem Milieu gewordener Junge operiert schlagfertig mit Tatsachen, zieht Parallelen zwischen dem Ergehen seiner und anderer Familien, rechnet dem Alten die Differenz in dem Lohn drüber und hüben an den Fingern nach und — last but not least — weist auf den fortwährend steigenden Zustrom von Fremden nach Amerika hin. Ohne Zweifel wird mancher deutsche Vater in diesem Hebegefecht matt gefetzt werden ohne überzeugt worden zu sein.

Bei einer eingehenden Prüfung wird vielleicht sein Gefühl für das Vaterland immer noch einen günstigen Abschluß ergeben. Nur kann er nicht recht erklären, aus welchen Posten dieses Saldo zusammengesetzt ist. Seine Bildung erlaubt es nicht, sein Wortschätz hat kein sprachliches Äquivalent dafür. Von den Werten, die den Ruhm des Volkes der Dichter und Denker ausmachen, hatte er sehr wenig erhalten. Die wasserländische Schule gab ihm, dem Arbeiterkinder, eine Bildung, die für eine wallonische Stallmagd gerade gereicht hätte. Dieser Mangel war auch nicht kleiner geworden durch die Eintrichterung der Bibelsprüche, Gesangbuchverse und Detailbeschreibungen über das Jenseits. Die Meisterwerke der deutschen Literatur waren für ihn nicht geschrieben, die Werke der deutschen Kunst nicht geschaffen, die deutschen Sprachmeister hatten für ihn nicht gesprochen. Das Herz war voll geworden von Sorgen und schattenhaften Erinnerungen oder Imponderabilien aus dem Reiche der Sentimentalität, der Kopf entbehrte das für den siegreichsten Lebenskampf notwendige. Die klägliche Beherrschung der Muttersprache langte gerade, um am familientisch die Sorgen zu erzählen, aber nicht, um bei den Kindern ein liebesvolles Verständnis für deutsche Kultur und deutsche Sprache zu fördern. Mit einer solchen geistigen Ausrüstung ist gegen Jungen, welche sich an den gleichenden Brüsten der Amerikaner großgefogen haben, nichts auszurichten. Ihre Überlegenheit fühlen sie bald heraus. Übrigens sehen sie ja, daß der Alte nicht einmal gerade schreiben kann, Englisch kann er auch nicht, die Unabhängigkeitserklärung hat er auch nicht gelesen, selbst von den „Hessen“ will er nichts gehört haben. Dabei sehen sie, daß es in der eigenen Familie künftiger zugeht als bei den Eingeborenen, daß sie schon mitarbeiten müssen, während die anderen Kinder noch auf der Straße tolen. Zu alledem bringen die Sonntagsblätter noch traurige Geschichten über das „Dutchman's Country“.

Dies alles läßt bei dem Einwandererkind das Bewußtsein keimen und befestigen, daß Amerika das erleuchtetste und beste Land der Welt ist, daß es sich verlohnt, sein Bürger und Verteidiger zu sein.

Es beginnt, sich zu schämen, andererseits geboren zu sein, es ärgert sich über den Vater, der in der Wahl seines Geburtslandes jedes Unterfeldungsvermögen misst. Scham und Ärger werden zum Haß gegen alles, was nicht Amerika heißt. Das Verbrechen, das das deutsche Kind in seiner Herkunft sieht, (sich es gut zu machen durch lautes Brüllen der amerikanischen Herrlichkeit. Deutsche Manieren machen amerikanischen Platz und mit Vorsicht wird jeder deutsche Laut umgangen. Im Hause sprechen die Eltern deutsch, die Kinder antworten englisch. Auf der Straße wird ein neuer „Dutchman“ mit dem Spott oder Haß des Negaten verfolgt. Was dem Wilhelm wird ein Bill, aus der Blüthe eine Boff. Und wo sich immer ein patriotisches Gefühl hören läßt, schreit der deutsche Nachwuchs an energischsten mit.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Die deutschen Gewerkschaften haben, wie aus der neuesten, der Nr. 34 des Korrespondenzblattes der Generalkommission beliegenden Statistik zu ersehen ist, im vergangenen Jahre im ganzen 33 275 Mitglieder verloren. 1907 betrug die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder 1 865 508 und 1908 nur 1 831 781. Es war bisher nur 1892 ein größerer Verlust zu verzeichnen (1891: 277 659 Mitglieder, 1892: 287 049, also 40 810 weniger). Der Verlust traf damals die Gewerkschaften nicht nur absolut, sondern auch relativ viel härter. Während in den vorhergehenden Jahren immer nur einige wenige Gewerkschaften Mitglieder verloren, geschah dies im vergangenen Jahre bei nicht weniger als 35 und nur 24 hatten eine Mitgliederzunahme. Den größten Mitgliederverlust hatte der Verband der Textilarbeiter mit 23 320. Der Verband der Maurer verlor 17 449, der der Bauhilfsarbeiter 15 789.

Nach der Durchschnittsmitgliederszahl sind die Gewerkschaften folgendermaßen zu gruppieren: Metallarbeiter 360 099, Maurer 175 019, Holzarbeiter 146 337, Fabrikarbeiter 136 195, Textilarbeiter 116 403, Bergarbeiter 112 192, Transportarbeiter 88 096, Bauhilfsarbeiter 55 526, Buchdrucker 55 482, Zimmerer 51 119, Maler 30 485, Schneider 39 306, Schuhmacher 37 097, Brauerarbeiter 33 422, Labararbeiter 28 556, Gemeinbedarbeiter 28 160, Saffenarbeiter 23 986, Buchbinder 21 978, Maschinenisten 18 370, Bäcker und Konditoren 18 289, Steinarbeiter 17 816, Glasarbeiter 16 859, Lithographen 16 648, Schmeide 15 198, Buchdruckerhilfsarbeiter 13 492, Porzellanarbeiter 12 974, Typsetzer 10 839, Steinseher 10 356, Handlungsgehilfen 8760, Tapezierer 8276, Böttcher 7705, Seelente 7541, Lederarbeiter 7491, Stuckateure 7361, Hutmacher 7005, Gastwirtsgehilfen 6933, Sattler 6796, Dachbeder 5938, Gärtner 4800, Bureauangestellte 4477, Müllensarbeiter 4486, Maler 4378, Kupferstichmeister 4189, Bildhauer 4175, Schiffszimmerer 3929, Portefeuller 3801, Handschuhmacher 3228, Hotelbdiener 3078, Fleischer 3017, Zigarrenfortierer 2901, Kürschner 2636, Friseur 2110, Lagerhalter 2091, Zivilmuffler 1642, Spinnler und Steinholzleger 875, Wpshalteure 515, Zhylographen 502, Blumenarbeiter 498, Rotenstecher 423, Schirmmacher 239.

Die Organisationen der Formstecher und der Photographen schlossen sich im Laufe des Jahres dem Verbands der Lithographen und Steinbrücker an.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im letzten Jahre um 1514 gewachsen. In 15 Organisationen ist zwar ein Verlust an weiblichen Mitgliedern von 5079 eingetreten, doch haben demgegenüber 20 Verbände 6593 weibliche Mitglieder gewonnen. 1908 waren in 35 Verbänden 138 443 und 1907 in 34 Verbänden 136 929 weibliche Mitglieder vorhanden. 1892 waren von 237 094 Gewerkschaftsmitgliedern 4355 gleich 1,8 Prozent weiblichen Geschlechts, 1908 von 1 831 781 Mitgliedern 183 443 gleich 7,6 Prozent.

Von diesen gehörten zum Verband der Textilarbeiter 42 655, Metallarbeiter 15 167, Fabrikarbeiter 14 829, Labararbeiter 12 910, Buchbinder 9256, Buchdruckerhilfsarbeiter 7460, Schneider 7419, Schuhmacher 5563, Handlungsgehilfen 4892, Transportarbeiter 3979, Holzarbeiter 3163, Hutmacher 2231, Porzellanarbeiter 1563, Bäcker und Konditoren 1388, Zigarrenfortierer 785, Brauerarbeiter 776, Kürschner 601, Gastwirtsgehilfen 594, Gemeinbedarbeiter 556, Portefeuller 528, Glasarbeiter 474, Handschuhmacher 466, Sattler 250, Blumenarbeiter 183, Saffenarbeiter 150, Schirmmacher 113, Bureauangestellte 111, Lederarbeiter 99, Lagerhalter 86, Tapezierer 85, Maler 52, Gärtner 42, Fleischer 10, Photographen 5, Glaser und Steinseher je 1.

Die Einnahmen und die Ausgaben der Verbände sind etwas zurückgegangen. Dagegen liegt der Vermögensbestand von 33 242 545 M. im Jahre 1907 auf 40 839 791 M. im Jahre 1908. Die Einnahmen verringerten sich von 51 396 784 M. im Jahre 1907 auf 48 544 396 M. im Jahre 1908, die Ausgaben von 43 122 519 M. auf 42 057 516 M. Auf den Kopf des einzelnen Mitglieds berechnet fiel die Einnahme von 27,55 M. auf 26,50 M., die Ausgabe von 23,12 M. auf 22,96 M., während der Vermögensbestand von 17,82 M. auf 22,30 M. stieg. Nach besonderen Erklärungen für die Verringerung der Einnahmen braucht man nicht zu suchen. Die überaus große Arbeitslosigkeit machte es den Verbandsmitgliedern unmöglich, ihre Beiträge zu bezahlen und in vielen Organisationen werden die Mitglieder während der Dauer der Arbeitslosigkeit von den Beiträgen befreit.

Von den Gesamteinnahmen entfielen 12 028 961 M. auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Bei vier Verbänden (Spinnler, Blumenarbeiter, Photographen und Schirmmacher) blieben die Einnahmen unter 10 000 M. (1907 zwei Verbände). Wenn man die Einnahmen dagegen auf den Kopf des einzelnen Mitglieds berechnet, so erscheint der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit 33,40 M. wie im Vorjahre, erst an achter Stelle. Vor ihm stehen der Verband der Buchdrucker mit 72,85 M., der der Rotenstecher mit 63,07, der Lithographen mit 59,33, der Bildhauer mit 45,42, der Formstecher mit 41,48, der Kupferstichmeister mit 34,31 und der der Holzarbeiter mit 34,05 M. An letzter Stelle steht der Verband der Handlungsgehilfen mit 11,44 M. Extrabeiträge sind bei dieser Berechnung inbegriffen. Die Verringerung der Ausgaben ist nur bei den Streiks zu verzeichnen. Hierfür wurden im Jahre 1907: 12 994 821 M. im Jahre 1908 aber nur 4 750 347 M. aufgewandt, wogegen die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung von 4 375 012 M. auf 5 134 388 M. und die für Arbeitsunfähigenunterstützung von 5 635 387 M. auf 8 473 853 M. stieg. Diese Knappen haben schon mehr als lange Abhandlungen. Während der günstigen Wirtschaftsjahre suchen die Gewerkschaften, wenn alle anderen Mittel verfallen, durch Arbeitsstellen die Lohnbedingungen zu verbessern und in den Jahren wirtschaftlicher Depressionen gewähren sie ihren Arbeitern Unterstützung, um der dringendsten Not zu wehren. Deswegen auch das Verlagen der Bemühungen der Unternehmer, die Arbeiter von den Gewerkschaften fernzuhalten. Zu wie enormer Weise sich die Aufwendungen für Unterstüttungen im letzten Jahre gesteigert haben, mag eine Gegenüberstellung der hauptsächlichsten Ausgabenposten zeigen. Es gaben die Gewerkschaften 1908 aus für: Arbeitslosenunterstützung 1 184 853 (1907: 869 148) M., Unzulänglichkeitsunterstützung 290 157 (275 716) M., Arbeitslosenunterstützung 8 134 388 (4 375 012) M., Arbeitsunfähigenunterstützung 8 473 853 (5 635 387) M., Beihilfe in Sterbefällen 666 494 (642 835) M., Beihilfe in Notfällen 508 976 (467 707) M., Gemeinregelunterstützung 1 440 263 (1 010 045) M.

Das Jahr 1908 hat ganz ungemein hohe Anforderungen an einzelne Organisationen gestellt. Aber diese haben die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit bestanden. So erfreulich dies ist, so tief muß man doch bebauern, daß der Staat sich der Verpflichtung entzieht, die Arbeitslosen, die durch das heutige, mittels staatlicher Macht geschaffene Wirtschaftssystem erstenlos wurden, zu unterstützen. Im Gegenteil vermehrte er noch die Notlage der Arbeiter durch künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel und notwendigsten Gebrauchs-

gegenstände. Denn glauben schließlich die Arbeiter von Staat und Gesellschaft den Arbeiter tabern zu machen, wenn er sich durch politische Vertilgung und durch Unterstützung der sozialdemokratischen Partei, die allein für die Interessen der Arbeiterklasse einzutreten ist, gegen diese Staats- und Wirtschaftssystem auflehnt. Nicht Anerkennung für die Arbeiter, die durch gewerkschaftliche Organisationen die Grundlagen dieses Systems zu mildern suchen, sondern Vertilgung und Bekämpfung dieser Organisationen gilt auch heute noch als dem Staatwohl dienend. Dabei haben diese Gewerkschaften mehr für die Wohlfahrt der Arbeiterklasse geleistet, als irgend eine andere Vereinigung. In den letzten 13 Jahren gaben die Zentralverbände aus für: Arbeitslosenunterstützung 84 884 217 M., Arbeitsunfähigen (Arbeits-)unterstützung 27 168 347 M., Arbeitslosenunterstützung 25 518 087 M., Arbeitslosenunterstützung 9 287 612 M., Unzulänglichkeits- und Beihilfen in Not- und Sterbefällen 6 896 514 M., Gemeinregelunterstützung 5 683 428 M., Arbeitslosenunterstützung 2 560 589 M., Beihilfe 2 144 784 M. Im ganzen eine Ausgabe von 143 924 398 M., die sich die Arbeiter von ihrem lärglichen Verdienst abgebarbt haben, um durch die Organisationen dem Wohle der Arbeiter und damit dem Wohle des Volkes zu dienen. In den Unterstüttungsleistungen selbst, sowie bezüglich der Verwaltung, der Herausgabe von Verbandsorganen und den internationalen Verbindungen sind im letzten Jahre wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Arbeitslosenunterstützung von 46, Unzulänglichkeitsunterstützung von 35, Arbeitsunfähigenunterstützung von 40, Arbeitsunfähigenunterstützung von 49, Unzulänglichkeitsunterstützung von 6, Unterstüttung in Sterbefällen von 49 und in Notfällen von 33 Organisationen gezahlt. Die Ausgabe der gesamten Gewerkschaftsblätter betrug 1 951 285 Exemplare.

Die christlichen Gewerkschaften haben 1908 einen Mitgliederverlust von 3256 zu verzeichnen; ihre Mitgliederzahl ging von 108 889 auf 105 633 zurück. Dabei ist aber zu beachten, daß die Gärtner, die für 1908 70 Mitglieder angaben, 1907 mit der Mitgliederzahl fehlen; die Eisenbahner mit 120 und die Gemeinbedarbeiter mit 1189 Mitgliedern erst im Jahre 1908 dem Christen-Deutschen Gewerksverein beigetreten sind. Es ist also sehr künstlich gerechnet, wenn die Christen-Deutschen mit nur 3 Prozent Mitgliederverlust im Gewerksverein paradiert. Es hatten Mitglieder: die Bauhandwerker 768 (- 248), Bergarbeiter 2064 (- 49), Bildhauer 316 (- 58), Brauer 1021 (+ 146), Eisenbahner 120, Fabrik- und Handarbeiter 15 256 (- 590), Gärtner 70, Gemeinbedarbeiter 1189, graphische Berufe und Maler 1708 (+ 122), Handelshilfsarbeiter 164 (+ 141), Holzarbeiter 5465 (- 340), Kaufleute 18 173 (- 1760), Kellner 0 (- 48), Konditoren 187 (+ 52), Maschinenbau- und Metallarbeiter 37 976 (- 2724), Reppschneider 43 (- 4), Schiffszimmerer 418 (+ 104), Schneider 4473 (- 61), Schuhmacher und Lederarbeiter 5250 (- 4), selbständige Berufe 131 (+ 14), Steinarbeiter 187 (+ 25), Textilarbeiter 6931 (+ 274), Typsetzer und Ziegler 1725 (+ 53), Zigarren- und Labararbeiter 1900 (+ 320), Frauen und Mädchen 698 (0). An Einnahmen verzeichnen die Gewerksvereine 2 694 893 M. Hier machen sie sich wiederum der abschließlichen Zerschulbigung schuldig, daß sie als Einnahme der Gewerksvereine auch das rechnen, was sie mit ihnen in Verbindung stehenden Freien Hilfskassen eingenommen haben. Mag auch eine rege Verbindung zwischen den Gewerksvereinen und diesen Kassen bestehen, so kann man deren Einnahmen doch nicht zu den Gewerksvereineinnahmen rechnen. Zwecklos sind in diesen Kassen viele Mitglieder, die nicht Gewerksvereinsmitglieder sind.

Die christlichen Gewerkschaften haben trotz des Anschlusses der Steinarbeiter Mahens, der ihnen 1167 Mitglieder brachte, einen Rückgang von 9804 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 1908 gegen 1907 zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug im Jahresdurchschnitt: 1907: 274 323, 1908: 264 519. Werden bei den Vergleichen die Mitgliederzahlen am Schlusse der Jahre herangezogen, so ist der Verlust erheblich höher; er beträgt dann bei den christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 gegen das Jahr 1907 23 882 Mitglieder. Die Gesamtmitgliedschaft der christlichen Gewerkschaften (Gesamtverband) betrug am 31. Dezember 1908: 260 767. In dieser Zahl befinden sich 4125 Mitglieder des Verbandes der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, die im Jahresdurchschnitt vom christlichen Zentralblatt nicht mit einbegriffen worden sind. Im Jahresdurchschnitt hatten 1908 Mitglieder die Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter 35 302 (- 4833), bayerische Eisenbahner 26 186 (+ 2074), Bergarbeiter 75 250 (+ 550), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 2873 (+ 61), Gärtner 793 (+ 65), Graphisches Gewerbe 1397 (- 12), Heimarbeiterinnen 5815 (+ 849), Holzarbeiter 11 043 (- 196), Keramarbeiter 4883 (- 3469), Kranenfortierer 1344 (+ 230), Lederarbeiter 3903 (- 300), Maler 3361 (+ 9), Metallarbeiter 26 427 (- 1663), Nahrungsmittelindustriearbeiter (Bäcker) 869 (+ 219), Schneider 3785 (+ 27), Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter (Hilfs- und Transportarbeiter) 14 272 (- 364), Steinarbeiter (Mahn) 1167, Labararbeiter 5551 (- 998), Telegraphenarbeiter 2737 (+ 876), Textilarbeiter 37 561 (- 3203). Die bayerischen Saffinarbeiter, die 1907 893 Mitglieder aufwiesen, haben sich, wie das Zentralblatt berichtet, mit den Bergarbeitern und den Metallarbeitern verschmolzen. Zusammen beträgt also der Verlust bei den Saffin-, Berg- und Metallarbeitern 2006 Mitglieder. Die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften belaufen sich auf 4 394 745 M., die Ausgaben auf 3 556 224 M. und der Vermögensbestand war 4 513 409 M. In der Statistik der christlichen Gewerkschaften werden noch immer sechs Verbände geführt, die dem Gesamtverband nicht angeschlossen sind und von diesem nichts wissen wollen, denn sie haben ihm nicht einmal einen Jahresbericht überandt, so daß in der Statistik die Zahlen für 1907 angegeben werden müssen. Diese Vereinigungen, die wir als unabhängige christliche Gewerkschaften bezeichnen, hatten 1907 im ganzen 80 437 Mitglieder.

Ueber den Stand der Lokalorganisationen läßt sich für 1908 noch weniger berichten, als in den Vorjahren. Wie im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich mitgeteilt wird, hat die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften infolge eines Kongressbeschlusses dem Statistischen Amt jede Angabe über die angeschlossenen Organisationen verweigert. Dies ist ganz erklärlich. Nachdem die Parteitage der sozialdemokratischen Partei jede Gemeinschaft mit diesen sich nach eigener Prinzipienklärung zum Anarchozocialismus bezeichnenden Organisationen abgelehnt haben, ist der Uebertritt der bisher der Freien Vereinigung angehörenden Verbindungen sowie der einzelnen Mitglieder zu den gewerkschaftlichen Zentralverbänden in so umfangreicher Weise erfolgt, daß heute nur noch kümmerliche Reste vorhanden sind, die als eine besondere Organisationsgruppe nicht mehr angesehen werden können.

Zum sozialdemokratischen Parteitag.

Der Berichterstatter über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei setzt unter anderem über die Einigungsverbände und -Lösungen mit dem Solinger Industriearbeiter-Verband folgendes:

Die von uns im Einbernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften geführten Verhandlungen waren sehr langwierig, führten aber doch zu einer Konferenz zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Industriearbeiter-Verband, die unter Leitung von Vertretern des Parteivorstandes und der Generalkommission vom 13. bis 16. März in Solingen tagte. Im Einverständnis mit den beiden Parteien erstreckten sich diese Verhandlungen auf die Beilegung der bisherigen Differenzen, einschließend des gegen den Redakteur des Stahlwarenarbeiters schwebenden Prozesses und auf Abschluß eines Parteivertrages, durch den künftig ein freundschaftliches Nebeneinanderbestehen der beiden in Solingen fast gleich starken Organisationen ermöglicht werden sollte. Leider sind diese Verhandlungen an der Frage der Abgrenzung der künftigen Agitations-tätigkeit gescheitert. Trotzdem waren sie doch nicht ganz vergeblich. Manches Mißverständnis wurde dadurch aufgelöst und aus dem Bege geräumt und so die Beziehungen der beiden Parteien zu einander gebessert. Später haben die Parteien den Prozeß e...

den Metallarbeiter durch Vergleich erledigt. So sehr auch im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterklasse die einheitliche Organisation dringend geboten ist, so kann die Vereinigung der Dillinger Differenzen zurzeit keineswegs noch nicht mit Erfolg unternommen werden. Die Differenzen beruhen in den ganz eigenartigen und sehr komplizierten Verhältnissen der Dillinger Metallindustrie und streifen sich fast ausschließlich um die Frage der zweckmäßigsten Form der gewerkschaftlichen Organisation. Wenn diese Differenzen auch nicht ohne Einfluss auf das Parteileben sind, so muß doch anerkannt werden, daß die Mitglieder der beiden gewerkschaftlichen Organisationen in der Partei im großen und ganzen verträglich nebeneinander arbeiten. Der Parteivorstand empfiehlt daher, die Entscheidung in dieser Streitfrage der weiteren Entwicklung zu überlassen.

Die Malteser bildet im Bericht wieder einen besonderen Abschnitt. Näheres darüber ist in unserem Artikel „Die Malteserfrage“ in dieser Nummer enthalten.

Die Parteioffizielle hat trotz der schweren wirtschaftlichen Depression erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist von 557 878 auf 871 050 und die der weiblichen Mitglieder von 20 458 auf 62 289 gestiegen. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 693 300. Das ist eine Zunahme von 45 778 Mitgliedern oder von 7,8 Prozent gegen 10,7 Prozent im Vorjahr. Die Zahl der Wahlkreise, in denen die Partei noch keine Organisation besitzt, ist von 31 auf 20 zurückgegangen. Mit 11 Wahlkreisen hat die Partei noch keine Verbindung. Abgesehen von einigen kleinen Wahlkreisen sind jetzt in allen Bezirken Sekretäre angestellt. Die Zahl der Bezirkssekretäre beträgt 43. Die Zahl der Kreissekretäre ist von 41 auf 62 gestiegen. Jugendausstellungen bestehen an 31, Bildungsausschüsse an 281 und Kinderbeschulungskommissionen an 69 Orten. Am Schlusse des Kalenderjahres waren 40 421 weibliche Mitglieder vorhanden.

Das neu geschaffene Organ Die Arbeiter-Jugend hatte am Schlusse des zweiten Quartals 28 100 Abonnenten.

In der Zeit vom 1. August 1908 bis zum 31. Juli 1909 fanden 14 Wahlen zum Reichstag statt. Der Bericht weist darauf hin, daß durch die andauernde Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit die Organisationen geschwächt und dadurch die Tätigkeit der Partei sehr erschwert wurde. Der Berichterstatter sagt dann noch ferner:

„Auch wird in den Wahlkreisen, die zum sicheren Bestehen einer Partei gehören, im allgemeinen weniger agitiert, die Massen sind nicht so in Erregung, wie bei den Hauptwahlen und es kommt eine stärkere Wahlbeteiligung. Betrachtet man das Gesamtergebnis und sieht, daß die Stimmen der Gegner bei den 14 Nachwahlen von 290 853 auf 249 662 zurückgegangen sind, die Gegner also einen Verlust von rund 41 000 Stimmen haben, während wir unsere Stimmen halten und dadurch einen prozentual größeren Anteil an der Gesamtstimmzahl haben, dann könnte das genügende Menschen mit Befriedigung erfüllen. Wir dürfen nie mit Resultaten zufrieden sein, die nur kleinen Rückschritt bringen.“

In den Landtagen von 19 deutschen Bundesstaaten sahen am Ende des Berichtsjahres 139 sozialdemokratische Abgeordnete, gegen 151 zu Anfang des Jahres. Die Gesamtzahl sozialdemokratischer Vertreter in Magistralen, Stadträten und Gemeindevorständen beträgt 274, in Stadtvorständen und Gemeindevorständen 6250.

Es stellt der Führer der Partei ein gutes Zeugnis aus, daß die Zahl der sozialdemokratischen Tageszeitungen sich trotz der Krise von 71 auf 74 vermehrt hat. Dabei hat die früher selbständige Zürcher Bürgerzeitung sich mit der in Nürnberg erscheinenden Frankfurter Tagespost verschmolzen.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Bildungsausschusses geht hervor, daß die Partei mit dessen Einsetzung einem dringenden Bedürfnis abgeholfen hat. Es ist uns nicht möglich, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen; wir können nur konstatieren, daß auch auf diesem Gebiet der Fortschritt unverkennbar ist.

Ueber das Strafkonto der Arbeiterbewegung sagt der Berichterstatter unter anderem:

Im Berichtsjahre wurden von deutschen Gerichten gegen Genossen wegen deren Tätigkeit für die moderne Arbeiterbewegung nicht weniger als 27 Jahre 10 Monate 2 Tage Gefängnis und 23 450 M. Geldstrafen verhängt. Das sind gegen das Vorjahr zwar 5000 M. Geldstrafe weniger, aber neun Jahre Gefängnis mehr! In der vom „Liberalismus“ durchdrungenen Modorra verflochtenen Angedenkens eine unerhörte Höhe des Strafkontos der modernen Arbeiterbewegung. Auch unter der Herrschaft des liberalen Reichsvereinsgelezes bildeten sich Justiz und Behörden ein, mit Gefängnis- und Geldstrafen die sozialdemokratische Bewegung aufzuhalten zu können. Sie trauten also Wilhows Kampf mit „geistigen Waffen“ keine große Wirkung zu. Wer vor dem Justiztribunal des Reichsvereinsgelezes noch an eine liberale Aera des deutschen Rechtslebens geglaubt hat, der muß nach einem Jahre der Handhabung dieses Gelezes lachen.

Die gerichtliche und die schiffliche Wahlrechtsbewegung fanden in den Gerichtsämtern von Dresden, Berlin, Hannover, Stuttgart, Remscheid, Brestau, Magdeburg und anderwärts ein umfangreiches Nachspiel. Die angeklagten Wahlrechtskämpfer wurden zu teilweise hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

Gegen freilebende Gewerkschaftler wurden wieder eine Reihe außerordentlicher Urteile gefällt. Es handelt sich dabei meist um ein paar Leute, die bei sogenannten Streikmännern das Unglück haben, aus einer nach Hunderten zählenden Menge herausgegriffen zu werden. So hat im Oktober des Monats ein Schwurgericht gegen 8 Arbeiter, die an einem Streikmanne in der Redaktionsarbeit teilnahmen, wegen Verstoßens gegen das Verbot auf zu kommen 4 Jahre 10 Monate Gefängnis erlassen. In gleichen Monat hat das Reichsgericht in der Schwurgericht 6 Arbeiter zusammen mit 2 Jahren 5 Monaten 8 Wochen Gefängnis bestraft. Die Zusammenstellungen, die anlässlich des Streiks auf der Marzstraße bei der Paragrafenfeld in der Schwurgericht Oberpfalz stattfanden, wählten laut Spruch des Reichsgerichtes 42 Angeklagte mit 12 Jahren 3 Monaten 31 Wochen und 29 Tagen Gefängnis büßen. 18 Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Kassenschluß war diesmal so, daß er selbst den Parteileistungen befriedigt hat. Der Kassenericht beginnt folgendenmaßen:

Der Kassenschluß für das abgelaufene Geschäftsjahr kann als ein sehr guter bezeichnet werden, da die Einnahmen gegen das Vorjahr um rund 53 000 M. gestiegen sind. Eigentlich sogar um 512 000 M., weil unter den Einnahmen des Vorjahres sich auch ein außerordentliches Darlehen in Höhe von 60 000 M. befand. Dabei ist jedoch zu beachten, daß das vorige Rechnungsjahr sich um über eine Million von 11 Monaten erstreckte, während des Berichtsjahres wieder zwölf Monate vorüber. Aber auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes bietet der Abschluß in jeder Beziehung immer noch ein erfreuliches Bild. Ganz besonders gilt das von den die eigentlichen Parteibehörden enthaltenden allgemeinen Einnahmen, die trotz der andauernden wirtschaftlichen Krise wiederum eine starke Steigerung aufwies. Der erhöhten Einnahme steht eine gegen das Vorjahr um 162 755,68 M. niedrigere Ausgabe gegenüber. Durch das Zusammenwirken der oben kurz angezeigten günstigen Umstände war es möglich, eine beträchtliche Rente zu machen. Auch bei vielen nachgelassenen Abrechnungen während Jahre hat unsere Kassensache diese Auffassung bitter bestätigt.

Die Abrechnung balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 118529,77 M.

Dem Tätigkeitsbericht angehängt ist der Entwurf der Zentralorganisation der Arbeiterpartei Deutschlands. Man wird diesen Entwurf im großen und ganzen günstigen Urteilen entgegenbringen. In dem § 7 vorgesehene Regelung der Delegierten zu den Parteitagungen. Der letzte Absatz, welcher jeder Parteitagung ohne Rücksicht auf die in ihm vorhandene Zahl der Parteitagungen bis zu drei Delegierten aufweisen sollte, ist nicht mehr zeitgemäß. Offensichtlich wird das neue

Organisationsstatut nach seiner Annahme auch Kritik befeht, unter anderem auch die in § 7 enthaltene Bestimmung: „Für beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiparteien.“ Auf dem Nürnberger Parteitag haben zwei Parteigenossen Stimmentzug ausgedrückt, die dort auch nicht als Delegierte, sondern als Vertreter von Parteiparteien anwesend waren, nämlich die Genossen Schulz vom Bildungsausschuss und Siebel von der Redaktion der Arbeiter-Zeitung. Das war auch schon nach dem jetzigen Organisationsstatut nicht zulässig.

Im dieser Stelle wollen wir nur noch die in § 29 enthaltenen Bestimmungen über den Ausschluß aus der Partei erwähnen. Diese erschließen und vollstommen auszeichnend. Die Untertage auf Verhinderung, die eingebracht worden sind, werden hoffentlich samt und sonders abgelehnt.

Noch eins möchten wir nicht unerwähnt lassen. Sehr wünschenswert wäre eine Zusammenfassung über die Verzuständigkeit der Parteitagung. Ich merke, wieviel ich schon über das angebliche Überwiegen der Gewerkschaftsbeamten auf Gewerkschaftskongressen und Verbandstagen geredet und geschrieben worden! Und doch, wie geringfügig erscheint die Zahl der angestellten Gewerkschaftsbeamten im Verhältnis zu der Zahl der Parteitagungsgestellten auf den Parteitagungen!

So waren zum Beispiel auf der letzten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von ihren 181 Delegierten 68 Angestellte dieser Gewerkschaft, 2 Parteitagungsgestellte, 15 sonstige Angestellte und Geschäftsleute, dagegen 100 Metallarbeiter aus der Werkstätte. Von einem Delegierten ist auch im Protokoll der Beruf nicht angegeben. Vermutlich war dieser nicht zu ermitteln.

Auf dem Parteitag zu Nürnberg waren dagegen unter 881 Teilnehmern nur 51 Arbeiter (wobei wir eher noch zu reichlich, als zu knapp gerechnet haben), dagegen 88 Parteitagungsgestellte und 52 Parteirebakteure und Schriftsteller, die man auch zu den Parteitagungsgestellten rechnen muß. Die übrigen Teilnehmer setzten sich zusammen aus Geschäftsleuten, selbständigen Handwerkern etc. (40), Gewerkschaftsangehörigen (98), Arbeitersekretären (16), Krankentassenangehörigen (19), Gewerkschaftsangehörigen (19), Gastwirten (13), Rechtsanwälten (6), Rechtspraktikanten (1), Privatiers (3) und Ehefrauen ohne eigenen Beruf (19). Von 17 Delegierten ist uns der Beruf unbekannt geblieben.

Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß an den Generalversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zwar noch die angestellten Vorstandsmitglieder, zwei Ausschussmitglieder, die Parteitagungsgestellten und die Rebakteure teilnehmen. Diese haben aber sämtlich kein Stimmrecht. Das ist auf den Parteitagungen anders. Dort haben die Mitglieder der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes nur dann kein Stimmrecht, wenn es sich um ihre eigene Tätigkeit handelt.

Wir haben diese kleine Aufstellung nicht gemacht, um an der Zusammenfassung der Parteitage herumzudrängeln; im Gegenteil haben wir schon wiederholt gesagt, daß wir das „Fortschreiten des Beamtentums“ auch in der Partei für ganz notwendig und richtig halten. Wir wünschen nur, daß die vielen Kritiker, die mit dem „Überwiegen des Beamtentums“ auf den Kongressen der Gewerkschaften in so läppischer Weise umherstreben, an diesen Beispielen endlich einmal lernen, wie sich die Sache in Wirklichkeit verhält. Und da wäre es sehr gut, wenn auch auf den Parteitagungen zu den Parteitagungen stets der Beruf der Teilnehmer angegeben würde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Fetzrümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 12. September der 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. September 1909 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts gepflegt:

Der Verwaltungsstelle München-Glabbech einen einmaligen Beitrag von 40 M.;

der Verwaltungsstelle Peine 5 M. pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieses Extrabeitrags hat Entziehung naturlicher Rechte zur Folge.

An die reisenden Kollegen richten wir das dringende Ersuchen, das Ansuchen der Bevollmächtigten und Reisegehaltanzahler in den Betrieben und Werkstätten zu unterlassen und sich nur an die im Adressenverzeichnis angegebenen Adressen zu wenden. In Orten, in denen keine Reiseunterstützung ausbezahlt wird, hat das Ansuchen der Bevollmächtigten überhaupt keinen Zweck. Wenn an einem Orte Lokalgeschick gegeben wird, ist das auf der im Adressenverzeichnis angegebenen Herberge zu erfahren.

Die Klagen der Bevollmächtigten, daß sie durch den Zulauf der Reisenden sowohl beim Hauswirt als beim Unternehmer geschädigt werden, machen sich derart, daß wir die reisenden Mitglieder dringend bitten müssen, obige Vorschrift in Zukunft strikte zu befolgen.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag des Schweizer Metallarbeiter-Verbandes:

Der Dreher Martin Müller, geb. am 6. November 1883 zu Soltau, Lit. A. Buch-Nr. 22287, wegen Schädigung von Verhandlungsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Guben:

Der Eisenarbeiter Bruno Banke, geb. am ? zu ?, Lit. A. Buch-Nr. 22033, wegen Streibung.

Offensichtlich gerügt wird:

Auf Beschluß des Vorstandes:

Der Former Hermann Jüllbeck, geb. am 9. November 1867 zu Selbst, Buch-Nr. 46006, wegen Verleumdung.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschlusung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Döbeln:

Der Schneider Ernst Groper, geb. am 4. März 1862 zu Chemnitz, Buch-Nr. 72145;

der Schneider Karl Wagner, geb. am 4. Mai 1849 zu Schwarzwitz, Lit. A. Buch-Nr. 19556, beide wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Remscheid:

Der Former Karl Klinkowitsch, geb. am 2. Dezember 1880 zu Kiel, Buch-Nr. 775669;

der Former Christ Bogel, geb. am 16. März 1863 zu Nürnberg, Lit. A. Buch-Nr. 242191, beide wegen Schädigung der Verhandlungsinteressen.

Auf Beschluß des Vorstandes:

Der Schneider Karl Felske, geb. am 19. April 1885 zu Pöfelau, Lit. A. Buch-Nr. 258946, wegen Schädigung des Verbandes.

Ausgeschlossen sind aus dem Verband folgende Genossen:

Lit. A. Buch-Nr. 25472, lautend auf Karl Wiegand, Jöhlenhauer, geb. am 2. August 1867 zu Giesmannsdorf (Kattowitz).

Lit. A. Buch-Nr. 14918, lautend auf Josef Freyman, geb. am 31. Januar 1883 zu Weidenau (Dillig).

Lit. A. Buch-Nr. 22154, lautend auf Emil Vogt, Graven, geb. am 31. Januar 1884 zu Pfortheim (Ganau).

Lit. A. Buch-Nr. 22144, lautend auf Theob. Kampf, Metallarbeiter, geb. am 10. Juni 1865 zu Eisenstein (Hannover).

Lit. A. Buch-Nr. 258706, lautend auf Richard Wiedemann, Dreher, geb. am 20. November 1890 zu Kumer (Galle).

Lit. A. Buch-Nr. 228419, lautend auf Emil Föhr, Schlosser, geb. am 27. September 1872 zu Glauch (K).

Lit. A. Buch-Nr. 65188, lautend auf Josef Heurich, Klompner, geb. am 24. Juni 1865 zu Bleib (K).

Lit. A. Buch-Nr. 304118 lautend auf Hans Hedinger, Schlosser, geb. am 21. Oktober 1888 zu ? (Bremerhaven).

Verichtigung.

Die auf Antrag der Verwaltungsstelle Mülthausen i. Th. erfolgte Ausschließung des Schlossers Ferd. Müller in Nr. 84 der Metallarbeiter-Zeitung ist nicht wegen Unterschlagung von Beitragsmarken, sondern wegen Erschuldigung von Unterschlagung erfolgt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Mühlstraße 16a zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Leistung

Über die vom 1. bis 31. August 1909 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Bay.: Annaberg 1100, Arnstadt 100, Auerbach 75, Bauen 800, Bergedorf 400, Bernburg 800, Beuthen 100, Bielefeld 5000, Bisingen-Bietenheim 20, Bockholt 40, Braunschweig 5000, Bremen 4000, Breslau 2000, Bromberg 200, Chemnitz 10000, Grimnitzschau 1100, Dassel 100, Delmenhorst 150, Döbeln 700, Dortmund 850, Dresden 2000, Düsseldorf 2000, Duisburg 500, Eilenburg 500, Erlangen 850, Guben 500, Gießenheim 150, Franzenberg 100, Frankfurt a. M. 5554,58, Frankfurt a. O. 300, Freiburg i. S. 400, Freiburg i. Br. 500, Fürstentum 600, Furtwangen 200, Gera 4500, Gießen 500, Goldammer 500, Göttingen 1600, Götting 2300, Götting 200, Gagen 5000, Halle a. S. 2000, Harburg 800, Heidenheim 800, Herford 400, Hildesheim 800, Hirschberg 200, Hohenstein-Ernstthal 300, Jherlohn 1000, Jöhne 200, Jauer 150, Kiel 8000, Königsberg 1800, Kornwestheim 200, Lagerdorf 100, Landsberg 100, Lauterberg 100, Leutzsch 150, Liegnitz 600, Lüdenwalde 800, Lüdenfeld 400, Mannheim 3000, Martfeld 220, Meerane 600, Merseburg 800, Mittweida 400, Mügeln 2400, Mülheim a. Rh. 1500, Mülthof 800, Münster i. W. 200, Neuenhardsdorf 500, Neustadt i. S. 250, Nossen 150, Norawes-Neudorf 800, Offenbach 2000, Ohrdruff 120, Pflungstadt 200, Pinneberg 100, Plauen 1000, Pleittemberg 600, Pörsch 200, Radberg 400, Radolfzell 100, Ravensburg 500, Reisa 1000, Rostock 2000, Sangerhausen 400, Senftenberg 100, Sommerda 150, Schmiedeburg 1500, Schmölln 251, Schönebeck 800, Schramberg 300, Schweidnitz 300, Schweinfurt 600, Stade 100, Straßburg 800, Striegan 256,23, Stuttgart 9000, Torgau 250, Tübingen 800, Ulmet 1500, Weimar 400, Weisfels 300, Wismar 300, Wittenberg 300, Wittenberg 800, Wolgast 150, Wurzen 300, Zeitz 1000, Zirndorf 500, Zittau 800, Stuttgart, Einzelmitglieder 500, Für Erschließung 52, Sonstige Einnahmen 884,44.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorliegende Leistung genau zu prüfen und etwaige Mängel sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von Formern, Eisenbahnarbeitern und Keramikern nach Barmen (Wuppertaler Eisenhütte) St.; nach Genf (Schweiz) D.; nach Gmund (Nid. u. Schweiz) M.; nach Königshofen siehe Straßburg; nach Kornwestheim (Fa. Stoh), Eisenwerke und Apparatebauanstalt) D.; nach Neuf bei Düsseldorf (Fa. Hamann & Co.) D.; nach Neustadt a. S. (Fa. Everbüch) M.; nach Ohligs (Stahlwerk) M.; nach Schmiedeburg in Schles. (Firma Starke) D.; nach Stargard i. P. (Fa. Porchmann vorm. Wischer) M.; nach Stodum (Stahlw.) M.; nach Straßburg-Königsbofen (Schneider & Jacquet, Mühlenbauanstalt) D.; nach Witten a. d. R. (Gußstahlwerk) D.;

von Goldschlängern nach Dresden D.; von Gürtlern nach Osterode a. S. (Fa. Schuhmacher) D.; von Peizungsmaschinen und Rohrlegern nach Danzig; von Installateuren nach Stendal, L.; von Instrumentenmachern und Wandagisten nach Koburg D.; nach Polen (Fa. Kasprowitz) D.; von Kesselschmiedern nach Dortmund (Fa. Brand & Sohn) M.; von Klompnern nach Dessau (Cassabadenf. Junter & Co.) M.; von Klompnern (Bau-) nach Berlin D.; nach Danzig; nach Hamburg, M.; nach Liegnitz, L.; nach Passau, L.; nach Stendal, L.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Traillshaus (Schloßfabrik) M.; nach Gmund (Schwab.) D.; nach Göttingen (Gebr. Rührat, elektrotechn. Fabrik) M.; nach Heilbronn a. N. (Fa. Weippert & Söhne, Werkzeugmaschinenfabrik) M.; nach Hofheim in Unterf. (Fa. Wagner & Söhne) St.; nach Kaiserslautern (Fa. Kollhaas & Hofjänger, Beleuchtungsartikel) M.; nach Kornwestheim (Fa. Stoh, Eisenw.) M.; nach Liegnitz (Fa. Gubitz) M.; nach Ohligs (Stahlwerk) M.; nach Pegnitz (Armaturen- u. Maschinenfabrik) M.; nach Pöfelau (Pegnitzhütte) M.; nach Salzwedel (Fa. C. Kleinloff, landwirtsch. Maschinenfabr.) M.; nach Wien XII (Firma Alpa-Separator, Maschinen- und Mollereimaschinenfabrik) M.; nach Würzburg (Altiengesehellschaft für landwirtschaftliche Maschinen normal Gehr. Burbaum) D.;

von Metallarbeitern nach Liegnitz D.; nach Lüdenscheid (Fa. Gerhardt & Cie., Inh. Steinweg) D.; nach Sondern, Kreis Arnberg (Fa. M. Brumberg) M.; von Planierern nach Lüdenscheid (Fa. Gerhardt & Cie.) D.; von Schlossern (Van- und Kunst-) nach Berlin; nach Breslau St.; nach Hamburg, M.; nach Mannheim, L.; nach Straßburg, L.; von Schlossern und Installateuren nach Münster i. Gf. (Firma Stiembrunn's Messen und S. Jöhner) D.; von Schmiedern nach Breslau St.;

von Walzern (Drahtwalzern) nach Differdingen; von Zinglerern nach Würzburg (Firma Ruder).

(Die mit U. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu werden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; H.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein. Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Die Anträge sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abstrampeln zu lassen. Anträge über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihren bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

möglicher Einschränkung der fortgesetzten zu leistenden Überarbeit nicht entsprechen würde, muß entschieden gegen die weitere Beibehaltung der Überarbeit protestiert und in geeigneter Weise auf die Befreiung desselben hingewirkt werden. Für die der Arbeiterchaft entgegengebrachte Beschuldigung der Faulenerei kann auch der Eigen eines Beweises nicht erbracht werden, im Gegenteil haben die fortgesetzten Vorkordabgabe eine immer intensiver Arbeitleistung erfordert und kann es nur als Verleumdung bezeichnet werden, die Arbeiter der Faulenerei zu beschuldigen. Der gesamten Arbeiterchaft des Rheinischen Bezirks kann nur ihr Recht zuteil werden, wenn der letzte Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen ist, um mit Hilfe des starken Organisations auf die Beschlüsse einzuwirken zu können." Der Vorstand unseres Verbandes, Kollege Schlicke, führte sodann die Gründe an, warum die Gewalttätigkeit des Kapitals in der Krisenzeit noch mehr zu spüren sei, als bei guter Konjunktur. Die Arbeiter könnten sich selbst nur dann befreien, wenn kein unorganisiertes Arbeiter mehr unter ihnen sei. Er führte ferner den ausgetragenen Kampfschein in Schweden an, schilderte sein Entstehen und seinen Fortgang und forderte die Unionsverbände zur tatkräftigen Unterstützung ihrer schwedischen Arbeitskollegen unter dem Hinweis auf, daß ihr Sieg auch unser Sieg und ihre Niederlage auch unsere Niederlage sei. Seine Ausführungen lösten einen stürmischen Beifall aus. Unter „Geschäftsangelegenheiten“ wurde von dem Kollegen Böckel auf die in Wälde stattfindende Neuwahl des Arbeiterausschusses hingewiesen und die Kollegen ermahnt, sich recht zahlreich an den nächsten Zeit stattfindenden Abstimmungsversammlungen zu beteiligen. Der Vorsitzende des Unternormierungsausschusses wurde mit den gleichen Mitteln belästigt. Die Unionsverbände sollten dafür sorgen, daß kein unorganisiertes Arbeiter bei der Firma mehr vorhanden sei. Alle, die in den Versammlungen fehlen, seien mit daran schuld, wenn fortgesetzt Klagen über Behandlung und Entlohnung vorkommen. Diese Versammlung hat so manchem Indifferenten die Augen geöffnet und es ist zu hoffen, daß auch die Arbeiterchaft der Daimlerwerke wieder mit an der Spitze der Organisation marschieren.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Glasarbeiter. Der Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands hielt vom 30. Mai bis zum 3. Juni in Hannover seine neunte Generalversammlung ab. Aus ihren Verhandlungen ist besonders ihre Stellungnahme zur Frage der Verschmelzung mit den Verbänden der Köpfer und der Porzellanarbeiter hervorzuheben. Eine vom Vorsitzenden Stübgen eingebrachte Resolution wurde mit 49 gegen 27 Stimmen angenommen. Sie lautet folgendermaßen:

„In der Erwägung, daß die Macht des Kapitals durch die sich in steter Weise vollziehende Konzentration immer stärker wird und die Organisationskräfte der Industriellen sich zu mächtigen Arbeitgeberverbänden zusammenschließen, erachtet es auch die neunte ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter für erforderlich, diesen vereinten Anstrengungen der Unternehmer einen stärkeren Widerstand entgegenzusetzen. Aus diesem Grunde erklärt sich die Generalversammlung mit der Verschmelzungsfrage im Prinzip einverstanden und beauftragt den Vorstandsvorsitzenden, weitere Verhandlungen mit den beiden Organisationen der Porzellanarbeiter und der Köpfer zu führen und der nächsten Generalversammlung darüber Bericht zu erstatten. Weiter erklärt die Generalversammlung ihr Einverständnis damit, daß die nächste Generalversammlung zu gleicher Zeit und an demselben Orte abgehalten wird, an dem die beiden anderen Organisationen ihre Generalversammlung abhalten.“

Ferner wurde der Vorstand beauftragt, mehr als bisher für die Propaganda und die Auffklärung in der Verschmelzungsfrage zu tun.

Transportarbeiter. Der sechste Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, der vom 6. bis 12. Juni in München stattfand, war zum größten Teile mit Debatten über die Verschmelzungsfrage ausgefüllt. Die Verbände der Hafenarbeiter und der Seelente waren durch ihre Vorsitzenden vertreten. Diese griffen wiederholt in die Debatte ein und wärderten zum es sich für einen Ansehensverlust. Ueber die Differenzen zwischen dem Transportarbeiter-Verband und dem Hafenarbeiter-Verband hatte der Vorstand des ergebnislos eine 181 Seiten lange Denkschrift vorgelegt. Nach langer Debatte wurde eine Resolution angenommen, worin erklärt wird, daß die Grenzstreitigkeiten mit dem Hafenarbeiter-Verband kein Hindernis der Fortführung der Zusammenfassung bilden seien, noch ein solches für die Zukunft bilden dürften und ferner der Vorstand beauftragt wird, unter Beachtung der Interessen der Mitglieder die Schaffung der Einheitsorganisation zu fördern und zu diesem Zweck neue Verhandlungen mit dem anderen beiden Verbänden anzugehen. Ein vom Vorstand mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine abgeschlossener Tarifvertrag, der bis zum 1. August 1914 gelten soll, wurde gegen wenige Stimmen gutgeheißen.

Kruppsche Wohlthat.

Die Bestrebungen der Amerikaner, bei dem Freikaufschlag durch die erhöhte Biersteuer noch ein Ertragsgefälle zu machen, fanden bei der Firma Krupp in Essen volles Verständnis. Warum sollte sie nicht auch selber ein wenig mitmachen? Mit dem auf diese Weise verdienten Geld ließe sich so weit Arbeiterwohlthat tun. Es wurde also in den Kantinen der Firma im August der Preis für die Plätze Bier von 14 auf 17 \mathcal{M} erhöht. Damit waren die Krupp'schen Arbeiter aber nicht einverstanden und der Bierkonsum in den Kantinen ging auf wenige Plätze zurück. Die Arbeiter wollten statt des Bieres Seltzer Wasser, von dem die Plätze für 5 \mathcal{M} bezahlt wurde. Das Bier verbot und machte wieder auf den Kantinen abgehört werden. Da wurde am 21. August plötzlich bekannt gemacht, daß die Firma den Preis für dieses Wasser von 5 auf 10 \mathcal{M} erhöht habe, was den Betrag beim Bier zu bedenken. So will die Firma die Arbeiter anzuweiden wieder zum Biergenuss zwingen, obwohl diese freiwillig aus der Arbeiterchaft herabgekommene Beschwerden auf Verzicht auf den bei der Arbeit genutzten namhaften Biergenuss zu unterliegen. Es geht doch nichts über das jugendliche Verstehen der Firma Krupp! Dieses Vorgehen werden ihre Lohnarbeiter bergleich abstoßen können.

Was Jenseit des Jahresabendes.

Der unparteiische Sachverständige Dr. Meudt, der bekanntlich nirgends gerne geht, wo es sich darum handelt, der Arbeiterbewegung und besonders der deutschen Sozialdemokratie ein Hindernis zu sein, hat kürzlich in der Tageslichen Rundschau einen langen Artikel über den Jahresabend geschrieben. Meudt ist zu dem Schluß gekommen, daß der Jahresabend ein ungünstiges Mittel als Führer der einzelnen Parteien gelten können, deren Vertreter diese Abende zumeist zuziehen. Es müsse daran noch etwa 150 Punkte sein, die ein eigenständiger Ausschuss der Parteien feststellen. Dabei soll auch die Besetzung der Kantinen einbezogen werden, aber nicht gegen etwaige Agitation, sondern gegen die Sozialdemokratie. Auch soll der Jahresabend mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zusammengehen und damit würde sich auch die Brücke zur Landwirtschaft finden. Meudt's Ausführungen werden vielfach von sozialdemokratischen Industriellen geteilt. Gerade genug für die organisierte Arbeiterchaft, der weiteren Entwicklung des Jahresabendes noch wie vor entgegenzusetzen. Bisher ist noch nichts an die Öffentlichkeit gekommen, das zu einer anderen Stellungnahme hätte beizutragen können.

Qualifikationen für gelbe Führer.

Die in Augsburg erscheinende Schwäbische Volkszeitung lokal vor einigen Wochen mitteilen, daß die beiden Vorsitzenden des gelben Betribs der Reichswehr für ihre

„Mitarbeiter“ eine ähnliche Qualifikation von je 500 \mathcal{M} erhalten und die übrigen Vorstandsmitglieder je 300 \mathcal{M} . Wieder die Firma nach die Angaben haben dem widersprochen; also wird es wohl noch sein. Man hat's ja auch dazu. Die 3100 \mathcal{M} , die dies kostet, „erlegt“ die Firma wohl gerne und die kann sie unter dem Schutze des gelben Betribs leicht wieder aus dem Ansehen der Arbeiter herausheben.

Vom Ausland.

Schweden.

Nach ist keine Aenderung im Kampfe eingetreten und es ist auch noch kein Ende abzusehen. Die Schwarzarbeiter wollen die Arbeiter zum Weltkrieg bringen. Diese wird nicht möglich sein, solange die Unterstellungen aus dem Ausland nicht ausbleiben. Nach 24 tägigem Kampfe standen noch 92 Prozent der Kampfen fest. Man berichtet, daß der Regierung von unbestimmter Seite Vermittlungsvorschläge unterbreitet wurden, daß sie aber nicht zur Vermittlung nicht veranlaßt zu sein. Auch der Vertrauensrat der Freiwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft hat an die Regierung eine Aufforderung um Vermittlung über Einsetzung eines unparteilichen Schiedsrichters eingereicht. Der staatliche Vergleichsbeamte Ederberg, den die Regierung beauftragt hatte, den Verkauf des Kampfes zu verfolgen und bei erster passender Gelegenheit Vermittlungsvorschläge zu machen, hat dies schon am 19. August getan. Daß die Regierung sich trotzdem nicht dazu veranlaßt gesehen hat, zeigt, daß sie sich in dieser Angelegenheit nur als Sachwalterin des Unternormierungsausschusses fühlt.

Seit dem Beginn des Ausstandes haben sich 40 000 Arbeiter, die bisher noch nicht organisiert waren, ihren Gewerkschaften angeschlossen. Es halten aber auch noch viele Nichtorganisierte treu im Kampfe aus. Am 31. August und 1. September traten die Gewerkschaftsvorstände zu einer Konferenz zusammen. Dort wurde beschlossen, die Parole zu weiteren Ausstärken auszugeben. Einige Fabriken haben versucht, den Betrieb in beschränktem Umfang wieder aufzunehmen. Es ist ihnen dies aber nur in lächerlich geringem Maße gelungen. Verschiedene deutsche bürgerliche Blätter, unter anderem die Frankfurter Zeitung und die Rheinisch-Westfälische Zeitung, bringen ausführliche Berichte von eigens dahin gegangenen Spezialkorrespondenten. Auch diese können nicht umhin, der tapferen Haltung unserer schwedischen Kampfesbrüder Anerkennung zu zollen.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erhielt ein Telegramm, wonach in Deutschland Straßenbahnwagenreparatur, Elektriker und andere Metallarbeiter als Streikbrecher angeworben werden sollen. Es sind Agenten unterwegs. Es versteht sich von selber, daß sich kein deutscher Metallarbeiter zu solchen Schurkenstreichen hergeben darf. Zugut ist streng fernzuhalten! Ebenso ist größtes Mißtrauen gegen Agenten zu empfinden, die Arbeiter nach heimlich in Fabriken zu suchen. Dort sind die Arbeitsverhältnisse gegenwärtig keineswegs so glänzend, daß es notwendig wäre, im Innere Landes Arbeiter zu suchen. Man darf in solchen Fällen annehmen, daß es den Agenten nur darum zu tun ist, die Arbeiter nach der Wasserlunte zu loden, weil sie dann hoffen dürfen, mit ihnen leichteres Spiel zu haben. Also nochmals: Zugut nach Schweden fernhalten und Vorsicht vor Streikbrecheragenten!

Beim Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gingen vom 30. August bis 4. September folgende Unterhaltungsgehälter ein:

Von: Mittling 10 \mathcal{M} . Biffingen-Vietelheim 20. Bremerhaven 400. Brunsbüttelhafen 50. Diebenhofen 224. Ebersbach 200. Eberswalde 90. Erlangen 50. Göttingen 50. Greifswald 10. Guben 30. Hainichen 40. Kapell 260. Köln 500. Konstanz 10. Laß 20. Limbach 600. Wüb 5. Ragdeburg 3000. Ramstein 1000. Reichenbach 30. Schleswig 30. Schmiedeburg 100. Sommerda 50. Uelzen 30. Werder 30. Zeitz 100. Durch F. Reine-Köln 28,50. F. Schiller-München 1054,15. E. Hirschbach-Vernsdorf 10. Hüttenarbeiter-Versammlung Dillingen 13. Bisher quittiert 84 331,70 \mathcal{M} . Dazu kommen 8044,65 \mathcal{M} . Summa 92 376,35 \mathcal{M} . Davon an die General-Lohnkommission abgeandt: 92 000 \mathcal{M} , Bestand 376,35 \mathcal{M} .

Nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus hat die Streikleitung beschlossen, am 6. September in den Betrieben, die nicht dem Unternehmerverbände angehören, die Arbeit wieder aufzunehmen zu lassen.

Österreich.

Die Firma Georg Jagmayr & Söhne zu Baldegg in Niederösterreich, wo die Arbeiter schon 13 Wochen streiken, hat Streikbrecheragenten nach Deutschland geschickt. Es suchen Kupfer- und Schmiede, Kupferhammer- und Zugschläger, Kupferwalzer und andere in ähnlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter. Zugut ist fernzuhalten!

Niederlande.

Nach zweijähriger Vorbereitung hat unser Heimes Land jetzt auch eine Heimarbeitsausstellung, die hinter ihren Vorgängerinnen in Berlin nicht zurückzubleiben braucht. Wenn man berücksichtigt, daß wir auf vielen Gebieten, hauptsächlich aber in volkswirtschaftlichen Verbesserungen, die zweifelslos Ehre genießen, „Schinesen von Europa“ genannt zu werden, also hundert Jahre zu spät zu kommen, dann will das etwas sagen. Nur in diesem außerordentlichen Falle darf man sich in der Avantgarde der Demonstration die Berliner Ausstellungen eine zurückgehende, allseitige Betriebsform, so geschicklich dies in einem Lande, wo der technische und industrielle Fortschritt eine riesenhafte Frucht genommen hat, dann auch ihre Anziehungskraft, dann auch die Erregung, die sie durch auf den ersten Blick sichtbar enorme Kontraste erwecken. So etwas würde man natürlich nicht von der niederländischen Heimarbeitsausstellung erwarten, da ja unser industrieller Fortschritt seine Siebenmeilenstiefel vorläufig noch in Holland- und Belgien in Aufwahrung gab und auf unserer Landkarte nur wenige Industriepunkte zu finden sind, die auf diesen Namen Anspruch machen können. Wenn also unsere Heimarbeitsausstellung auch nur ein wenig die Bewunderung unseres Landes weckt, dann ist dies schon ein Beweis dafür, welches grandiose Land hier noch gebildet wird. Unbegrenzte übermäßige Arbeitsdauer für Männer, Frauen und auch für Kinder bei Tag und Nacht, in ungenügenden Arbeitsräumen, die selbst den bescheidensten Ansprüchen der Hygiene nicht einmal entsprechen, wo von regelmäßigen Einkünften keine Rede ist, wo wöchentliche Einkünfte, nicht von einzelnen Personen, sondern von ganzen Betriebsgruppen, eigentlich kaum noch als Almosen angesehen werden können.

Sich will von den 1300 alle Branchen umfassenden Ausstellungsgegenständen nur einige der 206 Arbeitsprodukte der Metallindustrie schildern.

In Südholland ist ein kleines Dorf, Kienloop, das durch seine Schmiedereien eine traurige Berühmtheit erlangt hat. Da werden die Holzgeräte, Holzschalen, Hammersteine u. s. w. gemacht, zum Beispiel für 1 \mathcal{M} , 1,35 \mathcal{M} und 2,90 \mathcal{M} Arbeitslohn für die mit Jubelherz bei schwerer Arbeit von 70 Stunden verdient ein Schmied, wenn er seinen Stodgellen wöchentlich 12,15 \mathcal{M} oder durchschnittlich 17 \mathcal{M} die Stunde ausbezahlt, wöchentlich selbst nur 18,20 \mathcal{M} oder 23 \mathcal{M} die Stunde. Ebenso ist es mit anderen Produkten, zum Beispiel Holzschalen 4,10 \mathcal{M} für 1000 Stück. Diese werden durch einen Hammer und zwei Seilen gemacht (1600 bis 1700 bei 13 minütiger täglicher Arbeitszeit). Die Bedienung des Hammeres ist wöchentlich dieselben mit dem Unterschied, daß er seinen Seilen nur wöchentlich 6,55 \mathcal{M} oder 9 \mathcal{M} die Stunde bezahlt. Als Illustration dient, daß für dieselbe Arbeit in Fabriken 23 bis 25 \mathcal{M} wöchentlich bezahlt werden.

In den Silber- und Goldschmiedereien herrschen ähnliche Verhältnisse. Für sogenannte feiländische Hosenverzierungen, wozu ein Arbeiter von 50 und ein Seile von 23 Jahren täglich 13 Stunden arbeiten und zusammen in 156 Stunden pro Woche drei Stück à 12,50 \mathcal{M} verdienen, erhalten sie nach Abrechnung der Unkosten 31 \mathcal{M} . Davon erhält der Seile 15 \mathcal{M} und der Kranter 16 \mathcal{M} , also

ein Durchschnittslohn von ungefähr 20 \mathcal{M} für unerbittliche, wenn nur die Geschäfthaber, bei denen diese Kranter bis über die Ohren in Schulden stehen, zufrieden sind. So erhalten die 21 wöchentlichen Produkte von Gold- und Silberarbeit für sich ein Stückchen Geld, wie unsere deutschen Kollegen es sich wohl kaum vorstellen werden. Neben dem sind noch Kranterarbeiten, Drahtarbeiten u. s. w. ausgestellt, die ich alle unberücksichtigt lassen muß. Zum Schluß noch ein Produkt, das sicher als Unikum gilt. In den Niederlanden gebrauchen die Kranter nämlich für ihre Farbe Bleichlöcher, die aus gebrauchten Konservendosen gemacht werden. Diese wurden gemacht bei einer jahrelangen Arbeitszeit von einem Arbeiter mit Hilfe seines vierzehnjährigen Sohnes. Er bezahlte für 100 Konservendosen 1,15 \mathcal{M} , für den Draht zu 100 Teilen 20 \mathcal{M} und, wenn er das Glas hatte, daß er seine unbrauchbaren Bleichlöcher dabel hatte, machte er in 2 1/2 Tagen unter Mithilfe seines Sohnes 100 Farbtöpfe, wofür 6,50 \mathcal{M} bezahlt werden, also nach Abrechnung von 1,85 \mathcal{M} Unkosten 6,15 \mathcal{M} übrig bleiben. Durchschnittlich verdient er 10 \mathcal{M} die Woche, während in Fabriken für dieselbe Arbeit wöchentlich 28 \mathcal{M} bezahlt werden.

Dabei darf ich jedoch nicht unerwähnt lassen, daß in den anderen Berufen die Verhältnisse noch viel schlechter sind, und es ist kein Wunder, daß mancher zufriedene Spektator mit jähem Schrecken aus seinem Dusek erwacht ist — bis er vielleicht wieder einschläft. Wenn auch zu Anfang September ein Kongreß tagen soll, der sich mit dieser Frage beschäftigt, so wird wohl noch manches Jährlein hingehen, ehe die Forderungen erfüllt sind, womit das Ausstellungsgelände verziert ist. Nützlich sind: Soziale Gesetzgebung, gute Fabriken, beschränkte Arbeitsdauer, Kinderschulz, Gewerkschaftsorganisation, Fachunterricht, Altersversorgung. A. J.

Verichtigung.

In dem Bericht über die Konferenz der Gelbmetallarbeiter in der vorigen Nummer muß es auf Seite 295 erste Spalte, in den Ausführungen des Kollegen Widmann nicht Weilingen, sondern Göttingen heißen.

In dem in voriger Nummer enthaltenen Artikel „Gottgewollte Ordnung“ muß es in Spalte 2 im dritten Absatz Stelle 6 statt Philosophie heißen: Philosophin.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 11. September:
Mittling. Zwölf Apostel, 8 Uhr.
Göttingen. Wiese, halb 9 Uhr.
Rudolstadt. Zeil, 8 Uhr.
Koblenz. Neue Welt, halb 9 Uhr.
Laß (Walden). Schanze, halb 9 Uhr.
Reinhardt (Dreißig). Grüner Baum, 8 Uhr.
Schwerden. Schreiber, halb 9 Uhr.
Heidingshausen. Blaue Traube, 8 Uhr.
Verdingen. Adam Weiss, halb 9 Uhr.
Reichau. Schützenhaus, 8 Uhr.

Sonntag, 12. September:
Chemnitz (Heinrichsstraße). Hoffnung, untere Georgstr. 1, 11 Uhr.
Gummersbach. Jung, Paul, 11 Uhr.
Gannow. Ed. Feigsm. Langestr. 2, 10 Uhr.
Rülitz-Dellbrück. Dverath, 1/11.

Mittwoch, 15. September:
Gagen i. B. (Klempn.) Grunpuff, 8 Uhr.
Sauburg-Altona-Sauburg Feilenarbeiter. Gärtner, Sternstr. 75, 2 Uhr.

Donnerstag, 16. September:
Effen (Elektromont. und Mechaniker). Krotz, Kastanienallee, halb 9 Uhr.
Koblenz-Neuenhof. Singer, 1/9.
Hofweil. Schöffler Hof, halb 9 Uhr.

Freitag, 17. September:
Differdingen. Nero, Großstr., 8 Uhr.
Eisenach. Fröhlicher Mann, halb 9 Uhr.
Weimar i. S. Neue Sorge, 9 Uhr.
Reinhardt. Volkshaus, halb 9 Uhr.

Samstag, 18. September:
Altenburg. Liooli, halb 9 Uhr.
Vibertach a. M. Zum Schützen, halb 9 Uhr.
Dorn a. H. Volkshaus, 9 Uhr.
Breiten. Engel, halb 9 Uhr.
Bruchsal. Neue Sonne, halb 9 Uhr.
Darmstadt. Gewerkschaftshaus, 9 Uhr.
Döbeln. Mühlenterrasse, halb 9 Uhr.
Erfurt. Junge, Bräuterei, 1, 8 Uhr.
Ettlingen. Goldener Löwe, halb 9 Uhr.
Frensbach. Hirsch, halb 9 Uhr.
Freudenberg. Bürgergarten, 9 Uhr.
Freiberg i. S. Union, halb 9 Uhr.
Görlitz. Hültenhof, 1/9.
Gagen-Saube. Vierfeien, halb 9 Uhr.
Gagen-Wald. Beul, halb 9 Uhr.
Gagen-Wetterauer. Altenstr. 1/9.
Gammeln. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Görlitz. Hirsch (Eben), 8 Uhr.
Grafendorf. Kreuz, Peterstr. 9, 9 Uhr.
Landshut. Hoyerbräu, 8 Uhr.
Leipzig. Engelbräu, 8 Uhr.

Leipzig. Für die hiesige Verwaltungstelle wird zu baldigem Antritt ein weiterer Geschäftsführer gesucht. Zur Bewerbung zugelassen sind nur Verbandsmitglieder, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen dem Verband oder einer anderen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation angehören. Es wird auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert und als Gehalt die Stala der Bezirksleiter in Aussicht genommen. Aus den Bewerbungen muß das Alter, der Beruf, die Dauer der Organisationszugehörigkeit und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen, außerdem wird eine Probearbeit über: Die Aufgaben eines Geschäftsführers im Deutschen Metallarbeiter-Verband verlangt. Bewerbungen mit der Aufschrift: Geschäftsführer sind bis spätestens 14. September d. J. an den Kollegen D. Hoyerbräu, Stuttgart, Gymnasialstr. 11, 1, einzufenden.

Leipzig. Für die hiesige Verwaltungstelle wird zu baldigem Antritt ein weiterer Geschäftsführer gesucht. Zur Bewerbung zugelassen sind nur Verbandsmitglieder, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen dem Verband oder einer anderen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation angehören. Es wird auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert und als Gehalt die Stala der Bezirksleiter in Aussicht genommen. Aus den Bewerbungen muß das Alter, der Beruf, die Dauer der Organisationszugehörigkeit und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen, außerdem wird eine Probearbeit über: Die Aufgaben eines Geschäftsführers im Deutschen Metallarbeiter-Verband verlangt. Bewerbungen mit der Aufschrift: Geschäftsführer sind bis spätestens 14. September d. J. an den Kollegen D. Hoyerbräu, Stuttgart, Gymnasialstr. 11, 1, einzufenden.

Leipzig. Für die hiesige Verwaltungstelle wird zu baldigem Antritt ein weiterer Geschäftsführer gesucht. Zur Bewerbung zugelassen sind nur Verbandsmitglieder, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen dem Verband oder einer anderen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation angehören. Es wird auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert und als Gehalt die Stala der Bezirksleiter in Aussicht genommen. Aus den Bewerbungen muß das Alter, der Beruf, die Dauer der Organisationszugehörigkeit und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen, außerdem wird eine Probearbeit über: Die Aufgaben eines Geschäftsführers im Deutschen Metallarbeiter-Verband verlangt. Bewerbungen mit der Aufschrift: Geschäftsführer sind bis spätestens 14. September d. J. an den Kollegen D. Hoyerbräu, Stuttgart, Gymnasialstr. 11, 1, einzufenden.

Leipzig. Für die hiesige Verwaltungstelle wird zu baldigem Antritt ein weiterer Geschäftsführer gesucht. Zur Bewerbung zugelassen sind nur Verbandsmitglieder, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen dem Verband oder einer anderen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation angehören. Es wird auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert und als Gehalt die Stala der Bezirksleiter in Aussicht genommen. Aus den Bewerbungen muß das Alter, der Beruf, die Dauer der Organisationszugehörigkeit und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen, außerdem wird eine Probearbeit über: Die Aufgaben eines Geschäftsführers im Deutschen Metallarbeiter-Verband verlangt. Bewerbungen mit der Aufschrift: Geschäftsführer sind bis spätestens 14. September d. J. an den Kollegen D. Hoyerbräu, Stuttgart, Gymnasialstr. 11, 1, einzufenden.

Gestorben.

Leipzig. Albert Kern, Schlosser, 25 Jahre, Tuberkulose.
Georg. Karl Giers, Metzger, 27 Jahre, Betribsunfall.

Privat-Anzeigen.

Süchtige Bauklempner gesucht (eine Zusatztaxe) zu tarifmäßigen Söhnen u. Bedingungen. Junge Seile 45-48 Pf. Stundenlohn, ältere selbstständig arbeitende Seile 50-52 Pf. Ueberlandgeld 60 Pf. pro Tag. Auslösung für Kost.

Süchtige Beilehrlinge gesucht. Betribsfabrik Pfingstbad. G. m. b. H. in Pfingstbad in Hessen.

Süchtige Schlosser und Monteur. Wir suchen für unsere Abteilung Rotationsmaschinen- und Stereotypenapparate-Bau mehrere tüchtige und selbständige Schlosser und Monteur. Offerten mit Angaben des Alters unter Beifügung von Zeugnisabschriften erbeten an die Bogeländische Maschinenfabrik, A.-G., Hagen i. B.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstr. 16 B.